

Für Rätemacht und Revolution!

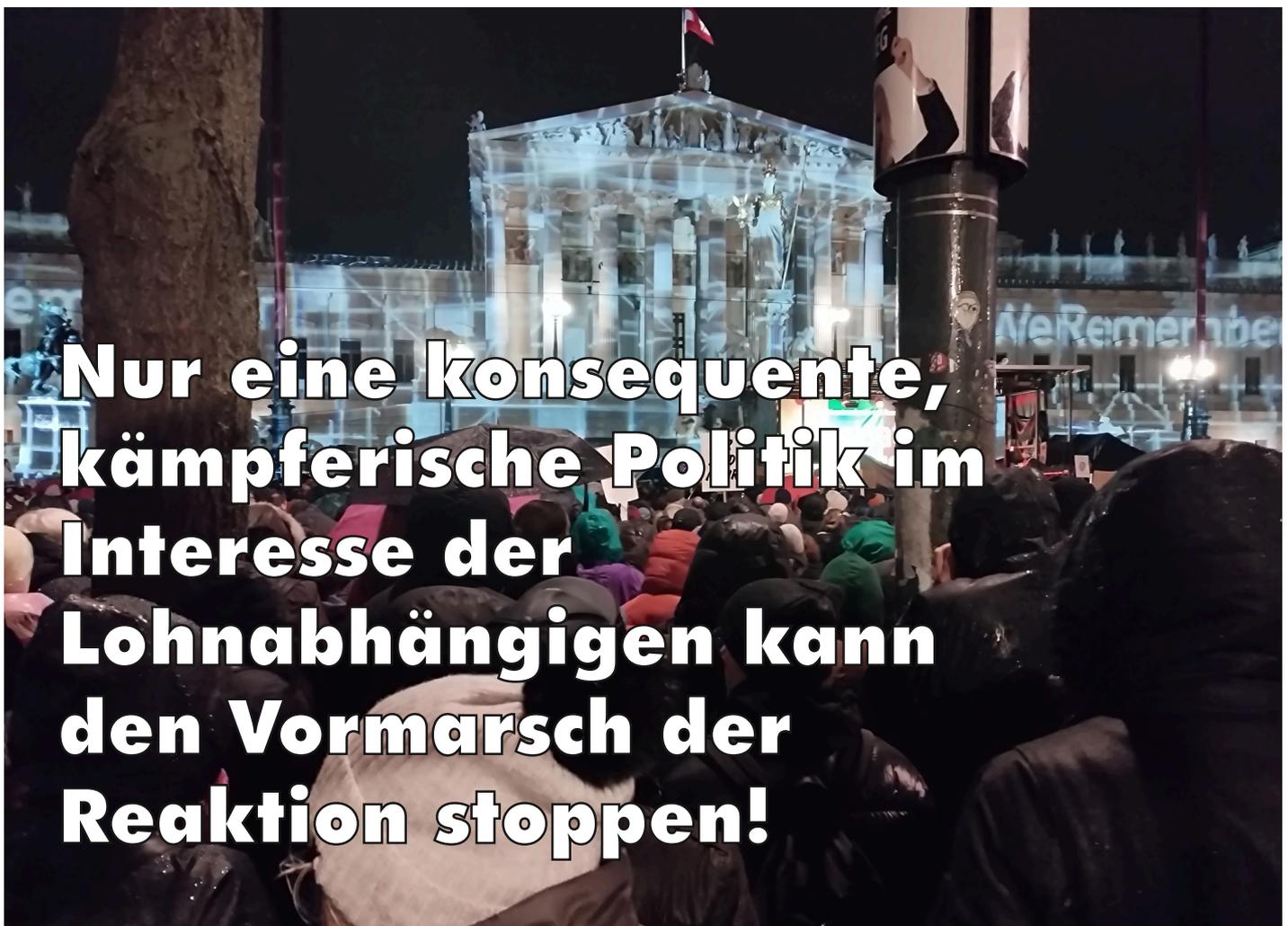
# KLASSENKAMPF

Nummer 51 | Februar 2024 | 2,-

Zeitung der Gruppe Klassenkampf, öst. Sektion des Kollektivs permanente Revolution

**Wahljahr 2024:**

## Kein Vertrauen in ihre „Demokratie“



**Nur eine konsequente,  
kämpferische Politik im  
Interesse der  
Lohnabhängigen kann  
den Vormarsch der  
Reaktion stoppen!**

### Editorial:

#### **FPÖ - stets dem Kapital zu Diensten**

Die Politik der FPÖ in diversen bürgerlichen Koalitionsregierungen beweist: wenns hart auf hart geht, können sich die Unternehmerinnen immer auf die „Partei des kleinen Mannes“ verlassen ...

*Mehr auf Seite 2*

### Demokratiegedudel:

#### **Wie der Faschismus nicht bekämpft wird**

Die Demonstrationen zur „Verteidigung der Demokratie“ nach deutschem Vorbild zeigen Glanz und Elend eines Antifaschismus, der sich mit Lobgesängen auf die bürgerliche Demokratie zufrieden gibt.

*Mehr auf Seite 4*

### Neue Internationale:

#### **Diskussion über Palästina mit L5I und ITO**

Nach dem Treffen internationalistischer Kräfte in Mailand im vergangenen Jahr versucht das CoReP nach wie vor, mit einigen Teilnehmer\*innen gemeinsame Positionen zu finden.

*Mehr auf Seite 12*



ISSN: 2220-0657



9 772220 065718

## Immer ein Herz für die Kapitalisten: die FPÖ

# „Kleiner Mann“, verraten durch den kleinen Mann mit seiner FPÖ

Soziale Heimatpartei, Volkskanzler, Androhung, dass Kabarettisten unter einer FPÖ-Regierung am AMS sein werden, gegen das Gendern, gegen die Wokeness aufzutreten, die rechtsextremen Identitären als NGO bezeichnen, all das sind die Versatzstücke, die uns aus dem FPÖ-Kosmos entgegen geschleudert werde. Es ist dies der ideologische Film, der die Kickl-Partei bräunlich und fett überzieht.

Jedes einzelne dieser Versatzstücke ist einem autoritären Gesellschaftsverständnis zuzuordnen und nicht zufällig gibt es viele Referenzen, die an die indirekte Vorgängerpartei der FPÖ im Dritten Reich erinnern.

Gleichzeitig gibt sich die FPÖ als eine Partei, die gegen das Establishment polemisiert und den Eindruck erweckt die „kleinen Leute“ zu vertreten. Beide Selbstzuschreibungen sind Täuschungsmanöver, die zu entschleiern sind. Trotz Anti-Systemparolen muss man die systemische Verankerung der FPÖ durch diverse Regierungsbeteiligungen auf Bundes- und Landesebene in den letzten Jahrzehnten sehen. Darüber hinaus besteht das tatsächliche Establishment der FPÖ ebenfalls seit Jahrzehnten aus sogenannten Honoratioren, also Freiberuflern, wie Rechtsanwälten, Steuerberatern, Apothekern, Ärzten und ähnliches bzw. Industriellen. Und diese Diskrepanz zwischen Parole und Realität lässt sich noch viel mehr bei der vorgebliebenen Vertretung der „kleinen Leute“ aufzeigen. Nennen wir es schon einmal beim Namen: die Einnahme des Klassenstandpunktes auf der richtigen dieser Partei fremd. Der Antagonismus zwischen Kapital und Werktätigen wird in Wirklichkeit von der FPÖ gelehrt und trotzdem buhlt man um die Stimmen des Proletariats, in Stadt und Land, allerdings mit völkisch und kulturidentitär aufgeladenen Themen. Die FPÖ geriert sich als Schutzpatronin der „einfachen Leute“, indem sie diesen einen Sündenbock in Form jegliches Fremden, entweder als Menschen oder Gedankengängen, anbietet und gleichzeitig ist

sie eine Schutzmacht des Kapitals, festzumachen beispielhaft an der Haltung zu Erbschafts- und Vermögenssteuer oder zur Arbeitszeitverkürzung.

Um diese Ausführungen nicht nur als Behauptungen dastehen zu lassen können wir uns konkret mit der von der FPÖ umgesetzten Politik der letzten 25 Jahre auseinandersetzen, um die „Kleiner-Mann-Rhetorik“ auf ihren Klassencharakter in der realen Politik zu untersuchen.

In der letzten Regierungsbeteiligung der FPÖ mit Kurzzeitkanzler Sebastian wurde es gesetzlich ermöglicht den Werkstätigen einen 12h-Tag und eine 60-Stunden Woche aufzuerlegen, wobei bei diesem Beschluss auch die NEOS mit an Bord waren. Die Krankenkassen wurden unter einer FPÖ-Ministerin mit einer Unternehmer-Mehrheit ausgestattet und bei möglichen Defiziten sind Kassen nun verpflichtet einen Selbstbehalt einzuführen. Die sogenannte Patientenmilliarde als Einsparung durch Bürokratieabbau blieb Illusion, im Gegenteil wurde die neue ÖGK teurer als zuvor (minus 1,7Mrd). Zuständige Ministerin war hier FP-Hartinger-Klein.

Der Unfallversicherung AUVA wurden 500 Mio gestrichen, während die UnternehmerInnen weniger Beiträge zahlen müssen, eine typische Auswirkung der so gerne propagierten Lohnnebenkostenkürzungen.

Auch das AMS-Budget wurde unter FPÖ Regierungsbeteiligung um 30% gekürzt und damit Perspektiven von Menschen ohne Arbeit beschnitten.

Die Mindestsicherung für Familien ab 2 Kindern wurde gekürzt, eine Massnahme, die als Diskriminierung von Menschen mit migrantischem Hintergrund verkauft werden konnte.

Aber auch ein Blick in die aktuelle Legislaturperiode zeigt den arbeiterinnenfeindlichen Charakter der FPÖ sehr deutlich.

Während sie für die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in der Arbeiterkammer stimmten, waren die Abgeordneten der FPÖ gegen Erhöhungen des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe.

Die FPÖ war im Parlament gegen Transparenz bei Inseratenvergaben durch die öffentliche Hand, womit man sich ausrechnen kann wohin der Weg der Medienbeeinflussung bei einer Regierungsbeteiligung im Sinne des illiberalen Vorbildes Viktor Orban gehen wird. Umgekehrt war man gegen Erhöhung der Strafen für korrupte Spitzenpolitiker.

Beim Block Arbeitsmarktpolitik zeichnete sich die FPÖ wieder als Gegnerin der ArbeiterInneninteressen aus: sie war gegen einen garantierten Arbeitsplatz für Langzeitarbeitslose, gegen eine Ausbildungsgarantie für Lehrlinge oder auch gegen eine abschlagsfreie Pension für Schwer- und NachtarbeiterInnen.

Dafür hatte die FPÖ auch in den letzten 5 Jahren im Parlament ein Herz für die Kapitalistenklasse, indem sie gegen einen Solidarbeitrag von MillionärInnen und

Online-Konzernen zur Corona-Krisenfinanzierung war, die Einführung von Millionärssteuern ablehnte, dafür aber für die Senkung der KÖST, der Gewinnsteuer für Konzerne, eintrat.

Auch im internationalen Kontext, also im EU-Parlament, ist die FPÖ eine ArbeiterInnenverräterpartei, eine Partei gegen die Interessen von Frauen und Jugend: man war gegen angemessene Mindestlöhne überall in der EU, gegen eine europäische Garantie für Aus- und Weiterbildung für Jugendliche, gegen Verbesserungen für Betriebsräte gegenüber multinationaler Konzerne, gegen Bezahlung gleicher Löhne für Männer und Frauen bei vergleichbarer Arbeit und ebenso gegen Massnahmen für geregelte Arbeitszeiten, bezahlten Urlaub und Mindestlohn.

Wir können schon eine Tendenz erkennen, welche Klasseninteressen die Partei des „kleinen Mannes“, vulgo des Herbert Kickl, in den letzten Jahren vertrat..

Aber auch ein historischer Rückblick in die erste Schwarz-Blau Regierung unter dem Kurz Förderer Wolfgang Schüssel bestätigt diese Einschätzung.

Damals ging man unter dem Motto „Reformen und schlanker Staat“ gegen die ArbeiterInnen vor und kürzte zunächst im Gesundheitsbereich: die Einführung von Ambulanzgebühren traf die Ärmsten in der Gesellschaft besonders hart, ebenso wie die massive Erhöhung der Rezeptgebühren

oder die Anhebung des Selbstbehaltes bei Spitalsaufenthalten um 43%. Darüber hinaus wurden Zuschüsse für Hörgeräte, Prothesen und andere Heilbehelfe gestrichen und der Bezug des Krankengeldes für Schwerstkranke wurde von 78 auf 52 Wochen gekürzt.

Auf der anderen Seite wurde einmal mehr Unternehmen und Kapital geholfen ihre Gewinne zu maximieren, indem die „Gruppenbesteuerung“ für multinationale Konzerne eingeführt wurde und die KÖST, die Ge-

wieder im Fokus der unsozialen Heimatpartei, indem beispielsweise das Weiterbildungsgeld für Frauen nach der Karenz abgeschafft wurde – Herdprämie andersrum – oder der Jugendgerichtshof abgeschafft wurde, womit Jugendlichen eine ganz wichtige Perspektive einer Resozialisierung genommen wurde.

Dieser Auszug der politischen Handlungen der FPÖ aus den letzten 25 Jahren zeigt eindrücklich welcher Charakter dieser Partei innewohnt: sie ist gegen die Interessen der

„2024 werden Sie nur mehr beim AMS auftreten.“  
Martin Glier, Sprecher der FPÖ Niederösterreich, zum Kabarettisten Florian Scheuba

winnsteuer der Unternehmen gesenkt wurde.

Dafür musste leider bei den Pensionen „eingespart“ werden und so wurde die Pensionen jahrelang nicht einmal an die Inflation angepasst, Witwen und Invalidenpensionen wurden gekürzt und dann kam es auch noch zur generellen Pensionskürzung, indem das Pensionsalter erhöht wurde und ebenso die Abschläge für Menschen, die früher in Pension gehen müssen – bei diesen massiven Eingriffen in weite Bereiche der ArbeiterInnenschaft wurden deren InteressenvertreterInnen überhaupt nicht in die Gespräche eingebunden.

ArbeiterInnen eingestellt, sie stärkt, wo es geht, die Interessen des Kapitals und wenn es möglich ist, bereichern sich ihre Funktionäre persönlich am kritisierten System.

Man muss diesen Charakter durch all das populistische Gedröhne des kleinen Mannes an der Spitze der FPÖ geduldig herausarbeiten und in Gesprächen mit ArbeiterInnen, die sich zu einer Unterstützung dieser rechtsextremen Partei, verführen lassen, offenlegen. Neben dem Hinweis auf ihre faschistische Fratze lohnt sich diese inhaltliche Aufklärung der Absichten und Taten der FPÖ im Interesse des Kapitals ganz sicher.

Und auch Frauen und Jugendliche waren



**TÄGLICH KLASSENKÄMPFERISCHE POSITIONEN AUF DEN SOZIALEN MEDIEN!**

[www.klassenkampf.net](https://www.klassenkampf.net)  
[gruppeklassenkampf@tutanota.com](mailto:gruppeklassenkampf@tutanota.com)

<https://www.instagram.com/gruppeklassenkampfcoref/>

## Wie der Faschismus nicht gestoppt wird

# Selbstbestätigung des „demokratischen Milieus“

Die Demonstration „Demokratie verteidigen“ in Wien am 26.1.2024 brachte – je nach Sichtweise - 15.000 (Hochrechnung LPD Wien), 35.000 (die meisten Zeitungen am Abend des 26.) bis 80.000 (Veranstalter\*innen) Menschen bei Regenwetter vor das Parlament.

Die Demonstration „Demokratie verteidigen“ in Wien am 26.1.2024 brachte – je nach Sichtweise - 15.000 (Hochrechnung LPD Wien), 35.000 (die meisten Zeitungen am Abend des 26.) bis 80.000 (Veranstalter\*innen) Menschen bei Regenwetter vor das Parlament.

Initiiert hatten die Demo drei NGOs – Fridays for future, Black Voices und die Plattform für eine menschliche Asylpolitik. Vorbild waren die Demonstrationen in Deutschland nach Bekanntwerden eines faschistischen Gipfeltreffens in Potsdam, bei dem unter anderem über Massendeportationen und ethnische Säuberungen nach einem möglichen Wahlsieg der AfD diskutiert wurden.

Zunächst ein paar Zahlen zum Vergleich:

### Teilnehmer\*innen an Anti-AfD-Protesten in Deutschland (20./21.1.2024):

Stadt	Einwohner	Minimum	Maximum
Berlin	3.755.000	100.000	350.000
Hamburg	1.892.000	50.000	80.000
Bremen	569.000	50.000	70.000
Köln	1.090.000		70.000
Stuttgart	633.000		20.000
München	1.520.000	100.000	250.000
Leipzig	616.000	30.000	40.000
Dresden	554.000	30.000	40.000

Die Teilnehmerzahlen liegen in Wien also deutlich unter jenen in großemäßig vergleichbaren deutschen Städten. Worauf das zurückzuführen sein könnte – weiter unten.

Als Plattform für die Demo reichten zwei einfache Sätze: „Gegen Rechtsextremismus und Rassismus! Demokratie verteidigen!“. Bereits bei der Vorstellung der Initiative am 22.1. fiel der rein defensive und prinzipiell moralisierende Charakter der geplanten Kundgebung auf. Dass der „Rechtsextre-

mismus“ soziale Wurzeln und einen Klassencharakter hat, wurde ausgeblendet. Die Empörung über Träume von einem „rassisch reinen“ Deutschland (und Österreich) stand im Zentrum, insbesondere die von den Identitären propagierten Massendeportationen, unabhängig von der Staatsbürgerschaft der „Fremden“. Die Sprecherin von Fridays for future brachte nebenbei die in Deutschland erhobene Forderung nach einem Verbot der AfD ins Spiel und verglich das mit der Akzeptanz für die FPÖ in Österreich.

Die Stellungnahmen von FPÖ-Spitzenpolitikern nach dem Potsdamer Faschistentreffen sorgten klarerweise für Empörung und Besorgnis. Offensichtlich steht die FPÖ ohnehin bereits auf dem Boden des identitären „Aktionsplans“, ihre Jugendorganisationen treten öffentlich mit Werbung für Massendeportationen auf, die Androhung von Repressionen gegen Kritiker\*innen der FPÖ im Falle einer Regierungsbeteiligung („Fahndungslisten“) gehört schon fast zum Kehrreim bei allen Veranstaltungen der Freiheitlichen.

Diesen sehr konkreten und in deutlich faschistische Richtung gehenden Plänen haben die Initiator\*innen der Wiener Kundgebung die Verteidigung der abstrakten „Demokratie“ gegenübergestellt.

Wir sparen uns die wiederholte Darstellung der marxistischen Einschätzung des Staates und der bürgerlichen Demokratie. Wie groß die Illusionen sind, hat sich bei den Reden auf der Tribüne vor dem Parlament deutlich gezeigt. Immer wieder wurde der Begriff des „Verfassungsbogens“ verwendet, um einen Widerspruch zwischen dem „guten“ Österreich und der FPÖ zu konstruieren.

Dieser Begriff hat keine österreichische Tradition, er wurde sehr spät aus Italien importiert. Dort wurde er als Anknüpfungspunkt an das Nationale Befreiungskomitee verwendet, das 1943 die antifaschistischen Parteien zusammenfasste, die an der Ausarbeitung der post-faschistischen Verfassung mitwirkten. Im Prinzip handelte es sich um eine klassenübergreifende informelle Koalition, aus der jedoch 1947 die KPI und die Linksozialisten hinausgedrängt wurden, soweit es um eine reale Regierungsbeteiligung ging. Im politischen Sprachgebrauch waren beide Parteien bzw. deren Nachfolgebewegungen immer in diesen Begriff eingeschlossen, der von Haus aus lediglich die Monarchisten und Neofaschisten ausklammerte.

Eine vergleichbare Abgrenzung hat in Österreich nach 1945 nicht stattgefunden. Zwar gibt es in Österreich – nicht zuletzt auf Grund des Drucks der Alliierten – ein Verbotsgesetz, in der ersten Nachkriegsregierung waren aber in Gestalt der ÖVP klare Kontinuitäten zum Austrofaschismus gegeben. Alle Parlamentsparteien versuchten, möglichst rasch ehemalige Nazis ins Boot zu holen, mit dem VdU, später FPÖ, wurde darüber hinaus ein legales und im Nationalrat vertretenes Sammelbecken zugelassen.

Ein Appell an die „demokratischen“ Parlamentsparteien, wie er vor allem von einigen Künstler\*innen formuliert wurde, ist, lebenswürdig ausgedrückt, blauäugig. Die ÖVP in einen fiktiven „Verfassungsbogen“ einzubeziehen (was implizit in einigen Reden geschah), ignoriert vollständig, dass die ÖVP heute in vielen Punkten schon die Politik macht, die der FPÖ vorschwebt. Immerhin hat ja Kurzzeit-Bundeskanzler Sebastian Kurz nicht nur mit der FPÖ koalitiert, sondern ihr sogar Schlüsselministerien wie das Innenressort und die Landesvertei-

digung überantwortet.

Tatsächlich beschränkten sich die Reden in erster Linie auf moralische Argumente gegen – die FPÖ und die Identitären. Keine einzige Rede griff die Volkspartei und ihre Politik an, und das an dem Tag, an dem Bundeskanzler Karl Nehammer seine bombastisch als „Plan für Österreich“ angekündigte Programmrede in Wels hielt, die mit Androhungen von sozialen Angriffen nur so gespickt ist und in den Fragen Asylpolitik und Migration versucht, durch entsprechende „Nachschärfungen“ Kickl rechts zu überholen.

Ein wirkliches Eindämmen des „Rechtsextremismus“ wird in diesem Land so lange nicht funktionieren, solange alle Augen und alle Kritik auf die FPÖ fixiert bleibt. 2000 („Wenderegierung“) wurde Jörg Haider zum Inbegriff des politisch Bösen hochstilisiert, bestimmte Organisationen wie die „Linkswende“ bezeichneten die FPÖ sogar schon als faschistisch. Während sich die „Linke“ in Donnerstagsdemo bis zur Erschöpfung abstrampelte, zog – die ÖVP ihr Programm durch. Die immer noch gültigen Angriffe auf das Pensionssystem; die Privatisierungen, die zu Lasten staatlicher Sozialleistungen gehen; der „schlanke Staat“ zur Umfärbung der Behörden, die Aushöhlung des öffentlichen Bildungswesens – das trug die FPÖ mit, lieferte mit der Perspektive einer „Dritten Republik“ das ideologische Gerüst. Aber es war die ÖVP, die schon jahrelang intensiv an derartigen Konzepten geübt hatte.

Von der Tribüne vor dem Parlament wurde nicht thematisiert, wer mit polizeilichen Zwangsmitteln Kinder und Jugendliche abschieben hat lassen; wer kaltschnäuzig zu Fotos auf der Flucht ertrunkener Kinder gemeint hatte, man werde sich an hässliche Bilder gewöhnen müssen; wer sich seit Jahren gegen eine Anhebung der Arbeitslosenunterstützung und der Notstandshilfe stemmt; wer mit allen fiesen Tricks eine kostenlose Ganztagsbetreuung für Kinder arbeitender Menschen verhindert hat; wer eine Subventionspolitik betreibt, die Konzerne und Banken begünstigt, zugleich aber eine Höherbesteuerung von Unternehmensgewinnen ablehnt. Ja, das war und ist die ÖVP, das was ihr Jungstar Kurz und sein verkniffener Nachfolger Nehammer.

Es ist die Summe der ÖVP-Politik, die

den Boden für die FPÖ aufgelockert hat und weiter auflockert.

Da sind wir beim Grund für die geringe Mobilisierungsfähigkeit des „demokratischen Lagers“ in Österreich. Die Medienkonzentration in Österreich und hier wiederum der Einfluss von Konzernen wie Raiffeisen, Signa (R.I.P), der deutschen Funke-Gruppe und der Katholische Medien Verein garantieren eine solide „Beschallung“ der Bevölkerung mit unkritischen bis reakti-

drei Bundesländern mit der ÖVP in Koalitionsregierungen sitzt, ist ihr dort auf jeden Fall ein entsprechendes freundliches Entgegenkommen in der Berichterstattung sicher.

In den letzten Jahren hat sich unter schwarz-blau-türkisen Vorzeichen auch sonst einiges in der Medienlandschaft verschoben: die durchaus kritische älteste Tageszeitung der Welt, die „Wiener Zeitung“, wurde eingestellt – aus „Einsparungsgründen“. Der ORF wird seit Jahren finanziell

Mobilisierungsposting der Gruppe KLASSENKAMPF auf den sozialen Netzwerken

onären politischen Inhalten. Die SPÖ hat dem nichts entgegenzusetzen, seit sie in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts ihre Parteizeitung eingestellt hat. Gerade die meistgelesenen Printmedien in den Ballungsräumen befeuern aus klaren wirtschaftlichen Interessen (Auflage bringt mehr gut zahlende Anzeigenkund\*innen) die Sensationsgier der Leser\*innen und bringen mehr oder minder offen rassistische Untertöne in ihre Berichte ein. Zudem sind die Inserate der „öffentlichen Hand“, die letzten Endes in Wirklichkeit die steuerzahlende arbeitende Bevölkerung bezahlt, ein sicheres Mittel, um die Zeitungen auf (Regierungs)Linie zu bringen. Da die FPÖ in

ausgetrocknet, auf die redaktionellen Mitarbeiter\*innen wird zunehmend inhaltlich Druck ausgeübt.

Vergleicht man in den letzten Monaten die Berichterstattung der Massenmedien über die SPÖ und deren neuen Vorsitzenden Andreas Babler mit der über ÖVP und FPÖ, ist der Unterschied augenfällig. Noch herrschen keine ungarischen Verhältnisse, aber der Weg Richtung Orbánisierung ist schon ausgeschildert.

Fraktionen der deutschen Bourgeoisie sind mit Blick auf den „Standort Deutschland“ über den Aufschwung der AfD im

derzeitigen Ausmaß nicht glücklich. Daher gibt es nach wie vor reichweitenstarke und einflussreiche Zeitungen und Magazine, die sich auf die Seite der „Demokratie“ stellen. Auch die Redakteure des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks (ÖRR) haben sich im Lauf von Jahrzehnten Rechte erkämpft, die auch in den großen Kanälen kritische Dokumentationen oder Satiresendungen ermöglichen. Kein Wunder, dass der nicht deklarierte AfD-Führer Björn Höcke für den Fall einer Regierungsbeteiligung seiner Partei in Thüringen die Kündigung der entsprechenden Verträge zwischen Land und Bund an, wodurch der ÖRR Stück für Stück zerschlagen werden könnte.

Eine große Verantwortung kommt sowohl der SPÖ als auch dem ÖGB zu. Obwohl jeder Tag in der praktischen Politik zeigt, dass die herrschende Klasse, ohne es groß aussprechen zu müssen, die heilige Kuh der Sozialpartnerschaft schon lange zur Schlachtung vorbereitet hat, klammern sich die alten Apparate der Arbeiter\*innenbewegung nach wie vor an den Mythos der Klassenzusammenarbeit. Daran ändern auch die „Streiks“ in der letzten KV-

Runde nichts. Wie immer war schon zu Beginn der Verhandlungen in den einzelnen Branchen klar, dass die Gewerkschaftsbürokraten wie jedes Jahr nachgeben würden. Allerdings war der Druck der Basis im vergangenen Jahr durch die zweistellige Inflation größer als seit langem. Das Ritual mit Streikdrohungen und strikt begrenzten symbolischen Arbeitsniederlegungen dauerte länger als früher – zugleich zeigt die Tatsache, dass sich die PROGE mit dem Fachverband der Metallindustrie auf eine Öffnungsklausel geeinigt hat, dass das Kollektivvertragssystem insgesamt zur Disposition steht.

Nur eine konsequente und daher kämpferische Politik im Interesse der Lohnabhängigen wird den Vormarsch der Reaktion stoppen können. Dazu gehört natürlich auch das entschiedene Auftreten gegen alle Formen des Ausländerhasses, des Rassismus, des Chauvinismus.

Die Demonstration am 26. Jänner diene in erster Linie der Selbstbestätigung des „demokratischen Milieus“. Die Redebeiträge igno-

rierten die Klassenverhältnisse komplett (vielleicht mit Ausnahme des Textes von Elfriede Jelinek). Die Moderatorin, Katharina Stemberger, versicherte, die Organisatoren der Kundgebung würden „gleichermaßen gegen alle Formen des Extremismus“ auftreten. Aha.

Unkommentiert von der zentralen Bühne konnten faschistische Provokateure am Palais Eppstein ein Transparent mit ihrer Massendeportationsforderung hissen, zwei Gassen hinter dem Parlament wollte der RFJ eine „Party“ abhalten, in der das „Wort des Jahres“ gefeiert werden sollte – ihre Deportationsformel. Beide Provokationen hätten entsprechend beantwortet werden müssen – aber das ging vermutlich weit über das Verständnis der Organisatoren dafür hinaus, was „Kampf gegen den Rechtsextremismus“ bedeutet.

So jedenfalls wird der Vormarsch der reaktionären und faschistischen Kräfte nicht zu stoppen sein. Die Zivilgesellschaft hat sich als Gesellschaft mit sehr beschränkter Haftung präsentiert.

### Einspruch!

## Der „nasse Fetzen“ und der ÖGB

Im Zuge der aktuellen KV-Verhandlungen meldete sich ÖGB-Vorsitzender Katzian zu Wort. Unter anderem verglich er den Umgang mit den Lohnabhängigen im Handel mit dem eines nassen Fetzen. Ob jetzt der Fetzen ein umgangssprachliches Nicht Genügend, ein unansehnliches Kleidungsstück oder unkontrolliert zerkleinertes Stückwerk ist, ihm wohnt, wahrscheinlich auch wegen seinem in der Aussprache deutlich vernehmbaren Zischen, eher etwas abwertendes, erniedrigendes inne. Wird dieses Objekt auch noch nass, mindert es den Wert noch mehr. Das kann sogar bis zum Ärgernis führen. Es sei denn, der nasse Fetzen findet Verwendung in der Reinigung wie beim Aufwaschen des Bodens. Nun ist aber auch das Putzen nicht gerade die Lieblingsbeschäftigung der feinen Gesellschaft, also bleibt trotz der Nützlichkeit und der über Jahrhunderte hinweg bewährten Anwendung zum Wohle der Zivilisation ein fahler Beigeschmack.

Ob sich die Reaktion der Wirtschaftsvertreter konkret auf diesen Vergleich bezieht, lässt sich natürlich nur vermuten. Klare Aussagen aus dieser Ecke kann man sich meistens ja nur wünschen. Jedenfalls beklagte die Vertretung der Unternehmerschaft die unentspannte Atmosphäre und die rüde Wortwahl. Im Zusammenhang mit dem nassen Fetzen könnte mensch dem durchaus zustimmen.

Der Vergleich der Arbeitenden im Handel mit einem minderwertigen Objekt ist unangebracht und sollte gerade von ihren Vertretern nicht sorglos ins Spiel gebracht werden. Gerade die Handelsangestellten sind es, die das Geschäft am Laufen halten, ohne die ja eigentlich gar nichts geht. Das ist ihre Stärke und ihre Macht, die bei einer Situation wie den Gehaltsverhandlungen zu ihren Gunsten von deren Vertretern hervorgehoben und ins Spiel gebracht werden muss. Mit einem nassen Fetzen hat das dann nichts mehr zu tun! Außer, der Gewerkschaftsboss würde fortfahren: „Wenn die Unternehmer\*innen aber die Handelsangestellten weiter so häckerln wie bisher, könnte es sein, dass wir sie mit nassen Fetzen davonjagen“. Das ist aber nur ein frommer Wunsch. Denn auf diese Idee – die Kapitalist\*innen zu vertreiben – kommt ein biederer sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionär nicht einmal im Traum.

Dazu gibt es ein unrühmliches Beispiel aus der Zeit der ersten Republik, als von Seiten der SDAP, Vorgängerin der SPÖ, die herandrohende Gefahr des Faschismus durch die Christlichsozialen (heute ÖVP) damit heruntergespielt wurde, man werde sie mit nassen Fetzen davonjagen. Tatsächlich wurde von vielen Funktionären der Aufstand im Februar 1934 sabotiert und verraten. Worte sind nur dann stark, wenn entsprechende Taten folgen können, sonst nennt man das Bluff...

# NUR EINE OFFENSIVE POLITIK FÜR DIE LOHNABHÄNGIGEN KANN DEN FASCHISMUS STOPPEN!

Wer in Österreich überrascht tut, weil auch hiesige Faschisten und Rechtsextreme in Deutschland an Treffen zur Planung von ethnischen Säuberungen und Massendeportationen teilgenommen haben, lügt entweder, ist naiv oder Konsument der Boulevard- und Gratisblätter. Der oberösterreichische RFJ propagiert offen diese Forderungen der Identitären (die für Möchtegern-Volkskanzler Kickl eine Art „rechte NGO“ sind) ein. Sogar ÖVP-Politiker sind „demokratisch“ entsetzt – ihre Landesparteien in Oberösterreich, Niederösterreich und Salzburg, sitzen derweil mit den Freiheitlichen in Koalitionsregierungen. Gerade die fremdenfeindliche Politik der ÖVP, ihre Angriffe auf das Asylrecht, Abschiebungen und Polizeieinsätze bis ins Standesamt, ihre Kumpanei mit reaktionären Regierungen in Osteuropa bereitet den Boden für die offenen faschistischen Kräfte.

Wenn Bundeskanzler Karl Nehammer beim sogenannten „Dritten Migrationsgipfel“ demonstrativ mit dem ungarischen Premier Viktor Orbán und dem serbischen Präsidenten Aleksander Vučić die Hände übereinander türmt wie die drei Musketiere in einem alten Kostümschinken, ist das mehr als eine Geste. "Wer seine Grenzen schützt, muss unterstützt werden. Solange die EU hier nicht ausreichend eingreift, müssen wir uns selbst helfen" – Nehammers Aussage ist die Light-Version von Kickls „Festung Österreich“ und dem identitären Projekt „Defend Europe“.

2024 ist ein Wahljahr, und da ist viel von „Demokratie“ die Rede. Fakt ist: rund 1,4 Millionen Menschen über 16 Jahre, die innerhalb der Grenzen Österreichs leben, haben aufgrund fehlender oder anderer Staatsbürgerschaft kein Wahlrecht und damit keine politische Mitsprachemöglichkeit. Natürlich sind die meisten von ihnen Arbeiter\*innen oder in Ausbildung. Für sie hat die „Festung Österreich“ die Zugbrücke bereits hochgezogen.

Unmittelbarer Anlass der Demonstrationen in Deutschland und jetzt auch in Österreich war das Faschistentreffen in der Nähe des historisch belasteten Berliner Wannsees. Sie sprechen von Massenausweisungen auch von Menschen mit Migrationshintergrund, die die deutsche (und österreichische) Staatsbürgerschaft haben. Wie gesagt – viele haben ohnehin keine politischen Rechte. Es geht vordergründig um „völkische Reinheit“ – in Wirklichkeit geht es ge-

gen die Arbeiter\*innenklasse. Sie soll gespalten werden. Mit dummen und dumpfen Parolen sollen „echte“ Österreicher\*innen und Deutsche gegen „Zuwander\*innen“ ausgespielt werden. Die Arbeiter\*innenklasse war und ist immer international gewesen. Ein Beispiel, das wohl alle verstehen: kein Spital in diesem Land könnte funktionieren, müssten ausschließlich die von den Faschisten hochgelobten „weißen Europäerinnen“ alle Arbeiten verrichten, vom Putzen bis zur Schädeloperation.

Mit ihrer Demagogie gegen die „Fremden“, die „unser“ Sozialsystem ausnutzen, wollen FPÖ und ÖVP den Generalangriff auf Sozialleistungen aller Art rechtfertigen. Die „Sparmaßnahmen“, also die Verarmungspolitik, richten sich aber genauso gegen die autochthonen Lohnabhängigen.

Die vielbeschworene „Demokratie“ ist in Wirklichkeit die durch Wahlen maskierte Machtausübung der wirtschaftlich Herrschenden, der Kapitalist\*innen. Sie verfügen über die Medienmacht, welche die politische Stimmung im Land „macht“, über Meinungsforschungsinstitute, die zur Manipulation der Wähler\*innen eingesetzt werden, wie seit der Amtszeit des Sebastian Kurz hinlänglich bekannt ist. Die einerseits immer häufiger stolz ein paar Waffenfunde bei Neonazis feiert, und gleichzeitig den Identitären, Burschenschaftlern und Coronaleugnern\*innen die Straßen freiprügelt.

Der Faschismus wird nicht durch Demonstrationen und nicht an der Wahlurne gestoppt. Es gilt, eine offensive Politik im Interesse der arbeitenden Menschen und der Jugend in Ausbildung umzusetzen, um den rechtsextremen Hetzern das Wasser abzugraben.

Wir sagen, dass hier alle Kräfte, die sich auf die Arbeiter\*innenbewegung berufen, zusammenstehen müssen: Gewerkschaften, Sozialdemokratie, KPO, alle anderen Arbeiter\*innenorganisationen. Eine gemeinsame Klassenfront heißt nicht, dass es in jedem Punkt und jeder Frage Übereinstimmung geben muss oder soll. Getrennt marschieren, vereint den Faschismus schlagen, muss die Parole sein.

Für uns sind die Eckpfeiler einer solchen Politik:

- **Gleitende Lohnskala – Anpassung der Löhne an die Inflation zur Bekämpfung der Armut!**
  - **Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich!**
- **Gleichstellung der arbeitenden Frauen – Schluss mit den Lohnunterschieden, weg mit Billiglöhnen!**
- **Wer hier arbeitet, soll auch hier politisch mitentscheiden! Gegen jede Diskriminierung wegen Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe, Religion!**
- **Selbstverteidigung gegen faschistische Umtriebe! Demonstrationen, Lokale von Arbeiter\*innenorganisationen, Kundgebungen, Streiks selbständig schützen!**

**Der Antimarxismus der ÖVP (Teil 2)****Antimarxismus, Antisozialismus und Antikommunismus - neue Gewichtungen nach 1945**

Wir haben in der letzten Nummer von KLASSENKAMPF die Hintergründe des christlichsozialen Antimarxismus beleuchtet. In dieser Ausgabe setzen wir uns mit der Nachkriegssituation auseinander.

1945 bildete sich aus den Resten der alten SDAP und den in Österreich anwesenden oder aus den Lagern, Gefängnissen und der Front heimkehrenden Mitgliedern der Revolutionären Sozialisten (RS) die neue Sozialistische Partei Österreich (SPÖ).

Wir haben in einer Reihe von Artikeln dargestellt, wie in der neuen, scheinbar vereinigten, Partei systematisch der linke Flügel an den Rand gedrängt oder durch Ausschlüsse geschwächt wurde.

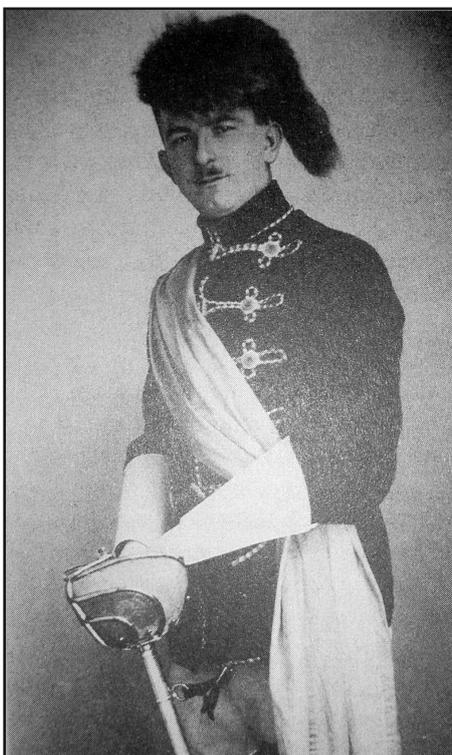
Im Mai 1945 war mit der KPÖ ein neuer Faktor links von der SPÖ aufgetaucht, der auf Grund der Rolle der Partei im Widerstand und des Gewichts der UdSSR in der "Anti-Hitler-Koalition" nicht zu ignorieren war. Die Abgrenzung der SPÖ nach links war für die sozialdemokratische Führung essentiell, wollte sie doch am Wiederaufbau des am Boden liegenden österreichischen Kapitalismus mitwirken, ohne dessen soziale Grundlagen in Frage zu stellen.

Auf Seiten der nicht-nazistischen Bourgeoisie, also der ehemaligen Vaterländischen Front (VF), der Deutschnationalen und der Bauernverbände war seit Ende 1939/Anfang 1940 ein Prozess im Gange, um (zunächst in der Illegalität) den Aufbau einer "Volkspartei" genannten Sammlungsbewegung voranzutreiben. Initiatoren waren der christliche Gewerkschafter Lois Weinberger und ehemalige Kärntner VF-Landesrat Felix Hurdes. Am 4. Mai 1944 wurde - natürlich ebenfalls in der Illegalität - der Bauernbund gegründet. Die ehemaligen austrofaschistischen Funktionsträger Julius Raab und Leopold Figl stellten Kontakte zu "österreich-patriotischen" Unternehmern her.

Am 17. April 1945 wurde im Wiener Schottenstift die ÖVP gegründet. Erster Präsident der Partei wurde der ehemalige Obmann der Christlichsozialen, Leopold Kunschak, Geschäftsführender Sekretär der ehemalige VF-Unterrichtsminister Perntner. Kurz danach

übernahmen dann Figl (Bundesparteiobmann), Raab und Hurdes die Führung.

Von Haus aus war klar, dass die Volkspartei auf erfahrene christlichsoziale und austrofa-



Leopold Figl als Fuchsmajor der CV-Verbindung Norica, Wien

schistische Kader aus der Vorkriegszeit zurückgreifen konnte. Ideologisch war der Katholizismus, wie er durch die zahlreichen Mitglieder des Cartellverbands vertreten wurde, ein wesentlicher Zement für die VP, die sich als "antimarxistische soziale Integrationspartei" verstand.

Zentraler Unterschied zur alten CS war das Bekenntnis der ÖVP zu Demokratie und Republik und das gelockerte Verhältnis zur kirchlichen Hierarchie. Die Bündestruktur, die bis heute das Bild der ÖVP prägt, war die logische Folge dieses Aufbaukonzepts.

Ziel der Gründerväter war es, die Volkspartei als die einzige bürgerliche Partei zu positionieren.

Die erste Nationalratswahl der Zweiten Republik fand am 25. November 1945 statt. Sie brachte einen Sieg der ÖVP (49,8 %, 85 Mandate) vor der SPÖ (44,6 %, 76 Mandate). Die KPÖ erreichte 5,4 % und vier Mandate. Die einzig offen bürgerliche Partei, die sich neben der Volkspartei zur Wahl stellte, war die Demokratische Partei Österreichs, die sich aus einem Gemisch von Monarchisten, Liberalen und ehemals unorganisierten Kleingewerbetreibenden zusammengesetzt und in erster Linie in Kärnten präsent war. Sie erhielt lediglich 0,2 % der Stimmen. Der ÖVP-Historiker Robert Kriechbaumer sieht die Gründe für den Wahlsieg seiner Partei rückwirkend durchaus realistisch:

„1. Der Ausschluß der ehemaligen Nationalsozialisten vom Wahlrecht sowie die Abwesenheit Hunderttausender Kriegsgefangener hatte eine atypische politische Konstellation entstehen lassen. So betrug der Frauenanteil an den Wahlberechtigten 64 Prozent.

2. Die ÖVP hatte bis 1949 das Monopol der einzigen antisozialistischen Gruppierung.

3. Das Konzept der sozialen Integrationspartei übte offensichtlich erhebliche Anziehungskraft aus, und

4. entsprach das stark in den Vordergrund gestellte Österreich-Bewußtsein der Partei dem Bedürfnis vieler Österreicher, die deutsche Nabelschnur zur Niederlage zu durchtrennen.“ (Kriechbaumer, Die Geschichte der ÖVP, S. 27)

Das Klima zwischen SPÖ und Volkspartei war relativ entspannt. Das lag nicht zuletzt daran, dass zumindest eine alliierte Macht - die USA - darauf drängten, dass der neue österreichische Staat eine klare Trennlinie zur autoritären und faschistischen Vergangenheit ziehen sollte. Im Fall der ehemaligen Na-

zis war das recht einfach - sowohl SPÖ als auch ÖVP nahmen in ihren Programmen Distanzierungen vor. In der Praxis begann aber schon nach dem Mai 1945 ein Buhlen um die Stimmen der Ex-Nazis. Schwieriger war schon der Umgang mit den Faschisten der Vaterländischen Front. Mit dem Konstrukt des "Geistes der Lagerstraße" wurde ein Ausweg gesucht und gefunden, wie man auf Grund der "gemeinsamen schrecklichen Erfahrungen" auf der "Lagerstraße des KZ Dachau" die alten Gegensätze überwunden habe.

Angesichts des sich bereits abzeichnenden Kalten Kriegs war das Interesse des US-Imperialismus an der Errichtung einer stabilen, nicht an die Sowjetunion gebundenen, österreichischen Regierung deutlich größer als die Auseinandersetzung mit dem österreichischen Faschismus. Zudem wurden systematisch NS-Kriegsverbrecher vom amerikanischen Geheimdienst als Experten im Konflikt mit dem "Weltkommunismus" rekrutiert.

Weder der "rechte" Flügel der SPÖ (dem aber durchaus auch ehemalige RSler angehörten, wie etwa Felix Slavik), der auf eine enge Zusammenarbeit mit den westlichen Imperialismus setzte, noch die Volkspartei hatten ein Interesse, die im Sinne des kapitalistischen Aufbaus notwendige Zusammenarbeit durch die Aufarbeitung historischer Differenzen zu trüben. Dazu kam seitens der Parteiführungen von SPÖ und ÖVP eine deutliche Milderung im Vokabular. Die austromarxistische Terminologie der Zwischenkriegssozialdemokratie brach nur manchmal im Theoriemagazin "Die Zukunft" durch, auch in der innerparteilichen Schulungsarbeit und den Jugendorganisationen gab es deutliche Bezüge zum Marxismus. Die wurden jedoch, im Namen des immer stärker geförderten Antikommunismus, möglichst an den Rand der Partei gedrängt.

Auch die Volkspartei bemühte sich um Mäßigung. Mit dem Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund versuchte sie, allerdings nur mit geringem Erfolg bei den proletarischen Kernschichten, mit einer Ideologie der Klassenharmonie Fuß zu fassen. In vielen Betrieben waren die Arbeiter\*innen aber deutlich nachtragender als die SP-Parteiführer und machten aus ihrer Ablehnung der "Schwarzen" kein Hehl, was sich dann in der VP-Parteipresse folgendermaßen niederschlug:

"Es ist leider unlegbar, daß sich innerhalb des politischen Sozialismus die Anzeichen

einer Wiederbelebung des terroristischen Systems aus der ersten Nachkriegszeit mehreren. Die Führer der Sozialisten erklären, daß sie dagegen sind. Um nun diesen Terror dort, wo er sich bereits äußert, zu verhindern, brauchen wir unsere Betriebsorganisation. Wo immer der Terror der Sozialisten in Erscheinung tritt, haben wir ihn öffentlich aufzuzeigen und so den sozialistischen Führern die Gelegenheit zu bieten, ihre behauptete Ablehnung des Terrors zu verwirklichen. Niemand hat heute roten Terror zu fürchten". (Arbeiter- und Angestelltenbund - Kerntuppe der ÖVP, in: Salzburger Volkszeitung, 23.7.1947).

Generell wird der traditionelle Antimarxismus der Zwischenkriegszeit in den Publikationen der Volkspartei durch einen Antikommunismus ersetzt, der sich primär gegen die KPÖ und die nach 1945 entstandenen deformierten Arbeiter\*innenstaaten in Osteuropa richtet. Das macht im Interesse der österreichischen und internationalen Bourgeoisie insofern Sinn, als in ganz Europa die sozialdemokratischen Parteien zu pro-imperialistischen, antikommunistischen Bollwerken werden.

Das Leitmotiv dieser Agitation wird erstmals im Wiener Gemeinderatswahlkampf 1949 angeschlagen: "Staatssekretär Graf wendete sich dann der Frage des Klassenkampfes zu und stellte fest, daß dieser Kampf den arbeitenden Menschen bisher kein Glück gebracht habe. Die Arbeiterschaft der freien Welt habe ihre Konsequenzen gezogen. Der Marxismus sei heute nicht mehr eine dritte oder vierte Kraft, sondern er sei auch von der Arbeiterschaft als der Totengräber ihrer Freiheit erkannt worden" (Marxismus— Totengräber der Freiheit, 23.5.1949, SVZ).

Weit wichtiger als die Aufarbeitung der his-

torischen Trennlinien war SPÖ und ÖVP die Gewinnung ehemaliger Nazis. Die ÖVP hatte gegenüber der sozialdemokratischen Partei einen unerhörten Vorteil: ein Großteil der akademischen Elite, sofern diese nicht nazistisch versifft war, hatte im Austrofaschismus in Forschung und Lehre, der Verwaltung und Gerichtsbarkeit gearbeitet. Parteigänger der illegalisierten SDAP waren entweder in der austrofaschistischen Ära verhaftet worden, mussten ins Exil oder wurden von den Nazis ermordet. Dazu kam, dass der SP-Parteivorstand viel Energie darauf aufwendete, die Rückkehr von emigrierten Intellektuellen, die oft genug kritisch zur Parteilinie standen, zu verhindern. Adolf Schärf beklagte Ende der 40er Jahre in der "Zukunft":

"Der öffentliche Dienst und mancher Zweig der freien Berufe wurde in höherem Maße von Menschen katholischer Orientierung besetzt, als es je zu Zeiten der Gegenreformation der Fall war". Und Arbeiter-Zeitungs-Chefredakteur Oskar Pollak konstatierte bitter: "Wo eine Stelle zu besetzen ist, kann die ÖVP ein halbes Dutzend Leute präsentieren, während wir mit Mühe imstande sind, einen einzigen Bewerber vorzuschlagen, und der hat oft nicht die vorgeschriebene Qualifikation".

Ab 1947 wurden so in schändlicher Manier vor allem die Reihen des "Bund Sozialistischer Akademiker" mit ehemaligen Nazis aufgefüllt. Es dauerte bis in die erste Dekade des 21. Jahrhunderts, bis dieses dunkle Kapitel der SP-Geschichte historisch aufgearbeitet werden konnte.

In der Volkspartei war es das CV-Milieu, das die traditionellen "christlichen" Werte hochhielt. Der Einfluss des CV (und MKV) ging zwar mit den gesellschaftlichen Veränderungen der späten 50er und 60er Jahre zurück, als Seilschaften bildeten die Cartellbrüder aber nach wie vor einen Faktor.

Ende der 50er Jahre zeigte der klerikal-antikommunistische Flügel die Krallen: gegen die ersten, stalinistisch dominierten "Weltjugendfestspiele" in einem kapitalistischen Land, nämlich in Österreich, im Sommer 1959 wurde massiv Stimmung gemacht. Vom 25. Juli bis zum 15. August



Plakat zur Nationalratswahl 1949: Kommunistische Gefahr als Hauptmotiv

1959 wurde in Wien die Ausstellung "Unbesiegter Glaube" gezeigt, hinter der das Comité International de Défense de la Civilisation Chrétienne [Internationales Comité zur Verteidigung der Christlichen Kultur] stand. "Sie umfasste insgesamt 60 Schautafeln mit Bildmaterial, Quellenzitate und erläuternden Kommentaren, die in zwölf Themenbereiche wie die Revolutionsperiode und den Russischen Bürgerkrieg, die 'Religionsverfolgung', die sowjetische Planwirtschaft, die 'Maschinerie des Terrors', innere Machtkämpfe und den weltweiten kommunistischen 'Imperialismus' gegliedert waren" (Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2011). In Deutschland hatte die Ausstellung nicht nur heftige Reaktionen der sowjetischen Regierung ausgelöst, selbst liberale Zeitungen wie die

Frankfurter Rundschau lehnten die "Monstrositätenschau" wegen ihren üblen Propagandamethoden ab.

Interessant ist das erwähnte Comité, das auf den französischen Kirchenhistoriker Paul Lesourd zurückgeht, der in der Zwischenkriegszeit mit der klerikalfaschistischen "Action Francaise" sympathisierte und Ende der 40er Jahre bestrebt war, eine christliche Antwort auf das von Moskau initiierte "Kommunistische Informationsbüro" (Kominform) zu formieren. Sektionen bildeten sich in verschiedenen europäischen Ländern, aber auch in Togo und in Kanada. Die "geistige NATO", wie sich das Comité gerne nannte, konnte sich vor allem der Unterstützung des bonapartistischen Franco-Regimes und der portugiesischen faschistischen Diktatur erfreuen. Leiter der

österreichischen Sektion war der erwähnte Felix Hurdes (immerhin von 1945-1954 ÖVP Unterrichtsminister und später Klubobmann der Volkspartei).

Mit dem 2. Vatikanischen Konzil (1962-1965) geriet das vom Katholizismus geprägte bürgerliche Lager in Österreich in eine tiefe Krise. Der "modernistische Kurs" der Kirche machte es aussichtslos, trotz massiver politischer Fürsprachen bei den österreichischen Bischöfen eine Wiederbelebung des klassischen "politischen Katholizismus" durchzusetzen.

Das sich abzeichnende Ende der großkoalitionären Ära Ende der 60er Jahre stellte die Ideologearbeit der ÖVP vor neue Aufgaben.

*Mehr dazu im dritten und letzten Teil dieses Artikels.*

### Weltklimakonferenz in Dubai

## Kapitalistische Widersprüche

Es ist schon reichlich absurd, wenn ausgerechnet in einem Land, welches zu den Top 10 der größten CO<sub>2</sub> Emittenten pro Kopf gehört, über die Maßnahmen zur weltweiten Reduktion von Treibhausgasemissionen beraten wird.

Der Industrieminister der Vereinigten Arabischen Emirate und Gastgeber der kurz COP-28 genannten Weltklimakonferenz in Dubai, Sultan Al Jaber, ist gleichzeitig Vorsitzender der Abu Dhabi National Oil Company (ADNOC). Abgerundet wurde dieses Bild durch hartnäckige Gerüchte, wonach am Rande der Konferenz große ölproduzierende Länder afrikanische Staaten durch langfristige Absprachen an ihre Lieferungen binden und von ihnen abhängig machen wollen.

Al Jaber meinte dazu sinngemäß, dass private Gespräche eben privat seien. Absurd niedrig dotiert ist der Klimafonds, in den entwickelte kapitalistische Staaten etwa 800 Mio. Dollar einzuzahlen bereit sind und der für wirtschaftlich schwächere Länder bestimmt ist. Zum Vergleich: Die Flutkatastrophe vom Juli 2021 im Ahrtal in Deutschland hat Schäden in der Höhe von mehr als 40 Mrd. Euro verursacht.

Die Entwicklung zeigt eine klare Tendenz. Die USA als weltweit größter Ölproduzent haben 2023 doppelt so viel Rohöl gefördert

als vor 10 Jahren. Die Internationale Energieagentur (IEA) prognostiziert den weltweit höchsten Öl- und Gasverbrauch noch in diesem Jahrzehnt. Von 2020 bis 2050 soll der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 15 Prozent auf dann 41 Mrd. Tonnen pro Jahr ansteigen. Kurz nach Ende des Weltklimagipfels 2023 wird von der IEA ein weltweiter Rekordkohleverbrauch gemeldet. Kohle gilt als der schmutzigste fossile Brennstoff. Immerhin wird mit dem Lippenbekenntnis gegengesteuert, dass bis 2050 Netto-Null-Emissionen erreicht werden sollen. Das schließt also neben der Reduktion der Treibhausgasemissionen auch die Möglichkeit der CO<sub>2</sub>-Entnahmen aus der Atmosphäre ein. Konkrete Pläne sowie zumindest die – ohnehin zahnlose – völkerrechtliche Verpflichtung dazu: Fehlanzeige! Locker-flockig haben 117 Staaten eine Verdreifachung von Ökostromanlagen und eine Verdoppelung der Energieeffizienz bis 2030 zugesagt. Wie das gehen soll ist deren Geheimnis.

Konkret sieht es so aus: Kein einziger der 198 Teilnehmerstaaten der COP-28 hat seine Kli-

maziele eingehalten. Sollten dennoch alle Staaten ab sofort ihre Klimaziele erreichen – wofür es keinerlei Anzeichen gibt – so kann die globale Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter mit hoher Wahrscheinlichkeit auf 3 Grad begrenzt werden. Für Mitteleuropa bedeutet das einen Temperaturanstieg um 6 Grad. Konkret sind sommerliche Höchsttemperaturen bis 45 Grad zu erwarten. Das wäre neben der massiven Veränderung von Flora und Fauna nur eine der spürbaren Verschlechterungen der Lebensbedingungen. Die inneren Tropen würden de facto auf Grund der höheren Temperaturen und der Feuchtigkeit für den Menschen unbewohnbar werden und somit 2-3 Mrd. Menschen – das ist etwa ein Drittel der Weltbevölkerung – ihren Lebensraum verlieren. Laut seriösen wissenschaftlichen Erkenntnissen wären die Folgen einer Erderwärmung um 3 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter das Ende der menschlichen Zivilisation.

Die Antworten der Vertreter\_innen des herrschenden kapitalistischen Wirtschafts- und

Gesellschaftssystem angesichts dieser – gelinde gesagt – herausfordernden Ausgangslage überbieten einander an Absurdität. Da gibt es unfassbarer Weise immer noch die Hardcore-Fraktion der Klimawandelleugner und -verharmloser. Stur alle wissenschaftlichen Erkenntnisse ignorierend, faseln konservative und mehr oder weniger offen faschistische Politiker\_innen weltweit unermüdlich davon, dass es den Klimawandel immer schon gab, der menschengemachte Klimawandel nur einen winzigen Teil des gesamten Klimawandels ausmacht, die Auswirkungen der Erderwärmung übertrieben dargestellt würden oder der „Klimawandel eine Erfindung der Chinesen“ sei (O-Ton Ex-US-Präsident Donald Trump). Erfolg findet dieser Teil der Kapitalistenklasse vor allem in den bildungsfernen Schichten, wo einfache vermeintliche Problemlösungen herzlich willkommen sind. Gern streiten sich die Kapitalisten auch darum, wer die größte Schuld am Klimawandel hat. Von Seiten der USA und der EU wird mit dem Finger auf China als weltweit größtem CO<sub>2</sub> Emittent gezeigt. Vergessen wird dabei allerdings, dass der Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Ausstoß Chinas wesentlich niedriger ist als jener der USA und der EU.

Auch die Branchenvertreter\*innen schieben einander gerne wechselseitig die Schuld in die

Schuhe: *Der Flugverkehr ist ja für nicht einmal 3 % der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Der motorisierte Straßenverkehr wird obnehin auf E-Autos umgerüstet. Sämtliche Industriezweige segeln selbstverständlich auf Klimaschutzkurs. Am ganzen Klimadesaster sind schlussendlich die Konsument\*innen schuld, weil sie ja all diese klimaschädlichen Produkte kaufen.*



Oberflächlich behübscht wird die kapitalistische Klimapolitik durch Prestigeerfolge wie medienwirksame Präsentation von neuen Ökostromanlagen. Durch die Einführung und Erhöhung von Massensteuern werden

die Kosten für die Klimakrise auf die Arbeiter\*innenklasse abgewälzt.

Wie die Quatschbude Weltklimagipfel alljährlich zeigt, rast die vom Kapitalismus in Geiselschaft genommene Menschheit ungebremst auf die Unbewohnbarkeit großer Teile des Planeten Erde und damit auf das Ende der menschlichen Zivilisation zu. Die dem herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zugrunde liegende Profitlogik des Gegeneinanders verhindert eine solidarische und effektive Antwort auf die Klimafrage. Der Kapitalismus hat sich längst in der Bewältigung sozialer und ökologischer Herausforderungen als unfähig erwiesen. Mit klarem Kurs auf die klimatisch bedingte Unbewohnbarkeit ganzer Regionen hat er die Produktivkräfte in Destruktivkräfte verwandelt. Der einzige Ausweg ist eine solidarische, ohne Profitlogik aufgebaute Gesellschaft, die ohne Ausbeutung und Unterdrückung auskommt und eine Bedarfsdeckungs- und keine Bedarfsweckungsgesellschaft ist. Deshalb kämpft die Gruppe Klassenkampf in Österreich und weltweit für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterklasse und den Aufbau eines sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

# Wer wir sind und was wir wollen

Die Gruppe Klassenkampf (GKK) ist eine internationalistische kommunistische revolutionäre Organisation.

**Internationalistisch:** im nationalen Rahmen lassen sich die großen Probleme nicht lösen. Soziale Ungleichheit, Unterdrückung ethnischer oder sexueller Minderheiten, Naturzerstörung, Pandemien sind weltweit, sie müssen auch weltweit bekämpft und gelöst werden.

**Revolutionär:** In allen Ländern versuchen die Herrschenden, mit zunehmend unterdrückerischen Mitteln ihre Herrschaft gegen die Unterdrückten zu verteidigen. Die Geschichte zeigt: Niemals sind herrschende Klassen freiwillig abgetreten, wenn ihre Zeit abgelaufen war. Wahlen, Parlamente usw. gaukeln Demokratie vor - die wirkliche Macht liegt aber immer in den Händen der herrschenden Klasse. Polizei, Militär und faschistischen Banden stehen jederzeit bereit, Proteste und Aufstände der Unterdrückten niederzuschlagen. Wir verteidigen alle demokratischen Errungenschaften, die sich die Arbeiter\*innen im Lauf der Geschichte erkämpft haben, mit denen sich die Herrschenden aber nie abgefunden haben. Reformen helfen nicht - auch eine reformierte Unterdrückung bleibt Unterdrückung. Der einzig mögliche Weg ist ein radikaler Umsturz der Gesellschaft, eine Revolution.

**Kommunistisch:** Weltweit stehen einander zwei große Klassen gegen-

über: Arbeiter\*innen und Kapitalist\*innen. In den in Armut gehaltenen Ländern auch das Heer der armen Bäuerinnen und Bauern, die rechtlos sind. Die Herrschenden kontrollieren die Produktionsmittel, sie besitzen alles, was notwendig ist, um aus denen, die arbeiten müssen, um überleben zu können, unbezahlte Arbeit herauszupressen, die ihr Profit ist. Während einigen Wenigen der Großteil des Reichtums gehört, verhungern Millionen neben ihnen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Produktionsmittel allen gehören, allen der wissenschaftliche Fortschritt zugute kommt, niemand hungert, Medikamente nicht aus Profitgier den Bedürftigen vorenthalten werden.

Wir Werktätigen können die Gesellschaft selbst lenken, durch demokratisch gewählte, rechenschaftspflichtige Komitees (Räte), durch die Arbeiter\*innenkontrolle über die Produktion.

Wir sind die Sektion des Kollektivs Permanente Revolution (CoReP), einer internationalen revolutionären Tendenz. Permanente Revolution heißt: Dort, wo die Bourgeoisie den Unterdrückten noch nicht einmal die grundlegenden Freiheiten gewährt hat, wird das Proletariat (die Arbeiter\*innen) im Zuge seiner Revolution diese demokratischen Aufgaben miterfüllen.

**Kontakt: gruppeklassenkampf@tutanota.com**

**IMPRESSUM:**  
Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck: Gruppe Klassenkampf. Druckort: Wien. Offenlegung nach §25 Mediengesetz: 100%-Eigentümer der periodischen Druckschrift KLASSENKAMPF ist die politische Partei GRUPPE KLASSENKAMPF. Die Partei ist an keinen anderen Medienunternehmen finanziell beteiligt.



## Erklärung des CoReP, basierend auf einem Entwurf von ITO und L5I

# Für Arbeitersolidarität mit dem palästinensischen Volk! Stoppt den völkermörderischen zionistischen Angriffskrieg in Gaza!

Am 29. Oktober 2023 hat das Kollektiv Permanente (CoReP) der L5I und der ITO den Entwurf einer Erklärung zu Palästina übermittelt, die als Diskussionsgrundlage für ein gemeinsames internationales Dokument dienen sollte. Auf dieses Mail haben wir keine Antwort erhalten.

Am 8. Dezember 2023 hat uns die Leitung der ITO einen Text zu Palästina geschickt, den sie gemeinsam mit der L5I erarbeitet und an verschiedene Organisationen, unter anderem die NPA-R in Frankreich, die griechische OKDE und RS in Indien zur Unterschrift versendet hat.

Wir antworteten am 11. Dezember, dass wir bei der Sitzung unseres Internationalen Büros am 14. Dezember Änderungsvorschläge zu diesem Dokument diskutieren würden. Am 13. Dezember antwortete ein Vertreter der ITO, dass keinerlei Änderungen erwünscht seien und Abänderungen nur dort akzeptiert würden, wo dies unbedingt nötig sei. Am 19. Dezember legten wir dann in einem Mail die von uns vorgeschlagenen Änderungen in Form von Ergänzungen, Streichungen und Einschüben in den Entwurf von ITO/L5I vor. Am 26. Dezember teilte es uns ein Genosse der Leitung der L5I mit, dass unsere Änderungen "den gesamten Charakter der Resolution" ändern würde, die "eine Antwort auf die aktuelle Situation" sein und nicht zu sehr in "historische Details" gehen sollte. "Einige" würden eine zusätzliche Diskussion erfordern.

Dem stimmen wir insofern zu, als wir Teile des Entwurfs von L5I und ITO für politisch falsch halten. So lehnen wir die Boykottaufrufe der BDS-Bewegung ab - sie stehen im Widerspruch zu einer Klassensolidarität mit dem Widerstandskampf des palästinensischen Volkes. Weiters erachten wir eine klare politische Abgrenzung gegenüber reaktionären und/oder islamistischen Führungen im Nahen Osten für notwendig.

Das Ultimatum der L5I und der OTI ist den Methoden der Bolschewistischen Partei und der 4. Internationale fremd. Die Verweigerung einer ernsthaften Diskussion ist umso bedauerlicher, als das gemeinsame Projekt von L5I und ITO oft unzulänglich oder sogar fehlerhaft ist.

Von einem Klassenkampf ist vor dem Ende des Texts nur in wirrer Form die Rede (siehe 5 und 6 unten).

Vom Vorwurf des Antisemitismus durch Zionisten und westliche imperialistische Staaten gegen Antizionisten, der tatsächlich ein Merkmal der „aktuellen Situation“ ist, ist keine Rede.

Die Oslo-Abkommen werden fälschlicherweise als Ergebnis der Intifada dargestellt.

Für die Zunahme des Islamismus in der palästinensischen Bevölkerung gibt es keine Erklärung, er ist jedoch ein Merkmal der „aktuellen Situation“.

Im „Aktionsprogramm“ gibt es „die revolutionäre Einheit des arabischen Volkes“, die nichts mit dem Programm der Kommunisten zu tun hat: a) sondern ein Zugeständnis an den bürgerlichen arabischen Nationalismus ist, b) das nicht die zentrale Rolle des Proletariats der Türkei und des Iran berücksichtigt, c) das die nationale Unterdrückung von Kurden, Berbern usw. durch die „arabischen“ bürgerlichen Staaten vernachlässigt.

Alle „Solidaritäts“-Aktionen werden auf die gleiche Ebene gestellt, entgegen der Tradition der Kommunistischen Internationale und der Vierten Internationale, bis hin zur Unterstützung der Kampagnen von Schülern Gandhis, die von der kleinbürgerlichen Verweigerung des Konsums importierter israelischer Produkte bis hin zum reaktionäre und kontraproduktive Abbruch der kulturellen, sportlichen und akademischen Beziehungen zur gesamten Bevölkerung Israels.

Dem müssen wir, entsprechend dem Aufruf der palästinensischen Gewerkschaften, den Klassenkampf entgegensetzen :

Wir rufen die Gewerkschaften in den einschlägigen Branchen auf:

- Sich zu weigern, für Israel bestimmte Waffen zu bauen;
- sich zu weigern, Waffen nach Israel zu transportieren;
- entsprechende Anträge in ihren Gewerkschaften zu beschließen;
- Maßnahmen gegen Unternehmen zu ergreifen, die an der Umsetzung der brutalen und illegalen Besetzungspolitik Israels beteiligt sind, insbesondere wenn sie Verträge mit euren Organisationen haben;
- Druck auf die Regierungen auszuüben, um den gesamten Militärrhandel mit Israel und im Falle der USA auch die Finanzierung des Landes zu stoppen.

Im Einklang mit der 4. Internationale zu Trotzki's Lebzeiten.

*Die 4. Internationale verkündet, dass die effektivste Hilfe, die die Arbeiter der Welt ihren Brüdern in Spanien leisten können, in direkten Aktionen liegt, die insbesondere von den Gewerkschaften der Kriegsindustrie, des Transportwesens, der Häfen, zum Boykott von Lieferungen an die Faschisten usw. organisiert werden sowie für den Generalstreik zum Sturz der*



*Blockaderegierungen. (Gründungskonferenz der 4. Internationale, Aufruf an die spanische Arbeiterklasse, September 1938)*

Welchen Nutzen hat eine internationale Erklärung, die von Organisationen unterzeichnet wurde, die behaupten, Kommunisten zu sein, wenn sie nicht die Avantgarde in Palästina und im Rest der Welt in all diesen Fragen aufklärt?

Wir veröffentlichen im Folgenden die Resolution mit unseren Än-

derungen, ohne diese (im Sinne der leichteren Lesbarkeit) besonders hervorzuheben. Interessierte können hier den ursprünglichen Entwurf von LSI/ITO und unsere Antwort mit farblich gekennzeichneten Änderungen herunterladen, um die Unterschiede selbst bewerten zu können.

Das Internationale Büro des CoReP

# Gemeinsame Erklärung zu Palästina mit den eingearbeiteten Änderungsvorschlägen des CoReP



Die Internationale Trotzistische Opposition (ITO), die Liga für die Fünfte Internationale (LFI), das Permanente Revolutionskollektiv (CoReP), die Revolutionäre Arbeiterpartei (RRP) Russlands und ..., die sich über proletarisch-revolutionäre Perspektiven für Palästina einig sind, haben diese gemeinsame Erklärung angenommen.

Die ständige Unterdrückung, Vertreibung und Tötung von Palästinensern in Israel, im Westjordanland und im Gazastreifen hat durch

den von der Hamas und anderen Widerstandskämpfern (Dschihad, PFLP, DLFP) am 7. Oktober angeführten Gegenangriff erneut die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf der ganzen Welt auf sich gezogen. Die brutale Reaktion Israels, die sich gegen die gesamte Bevölkerung im Gazastreifen richtet, war schlimmer als bei den vorherigen Angriffen. Dies hat weltweit Millionen Menschen empört und gegen den zionistischen Staat und die vollmundige Unterstützung durch seine imperialistischen und rassistischen Hintermänner mobilisiert.



## Für eine neue revolutionäre Arbeiter\*inneninternationale!

Es ist die dringende Pflicht aller Revolutionäre, diese weltweite Bewegung maximal zu unterstützen und gleichzeitig eine klare revolutionäre antikapitalistische Perspektive für ihre Entwicklung zu präsentieren. Dafür legen wir die folgende Erklärung vor und rufen alle, die die Situation so sehen wie wir, dazu auf, sich uns anzuschließen.

### Eine Kolonisierung mit terroristischen Mitteln

Der Zionismus ist seit seiner Gründung im Jahr 1897 ein Siedler-Kolonialprojekt. Sein Ziel ist die Vertreibung der einheimischen arabischen Bevölkerung Palästinas, um Platz für jüdische Siedler zu schaffen. Bei diesem Ziel suchten jüdische bürgerliche Nationalisten die Hilfe europäischer imperialistischer Staaten, unter anderem durch das Dritte Reich (von 1933 bis 1944).

Es gab ein gemeinsames Ziel für Zionismus und Antisemitismus: Juden gehören nicht nach Europa, Amerika, Nordafrika, in den Nahen Osten, sondern nach Palästina ... In den 1930er Jahren blockierten bürgerliche Staaten den meisten Juden die Auswanderung in die USA und nach Westeuropa. Während des Zweiten Weltkriegs taten die „demokratischen“ Staaten Großbritanniens und der USA nichts, um Europas Juden zu schützen; der ungarische, rumänische, italienische und französische Staat beteiligten sich an der Vernichtung von Juden, Sinti, Romani und Kommunisten durch die Nazis.

Eine zionistische Kolonie in Palästina schien ein weit hergeholtes Ziel zu sein, bis in der Shoah sechs Millionen europäische Juden ermordet wurden und viele der überlebenden drei Millionen verzweifelt auf der Suche nach Zuflucht trückblieben. Zionistische Organisationen brachten viele nach Palästina. Die einzige Strömung der Weltarbeiterbewegung, die sich der Kolonisierung Palästinas widersetzte, war die 4. Internationale.

Die Gewerkschaft Histadrut (Allgemeiner Verband hebräischer Arbeiter im Land Israel) wurde 1920 gegründet. Sie beschränkte die Mitgliedschaft ausschließlich auf Juden, da ihr Ziel nicht darin bestand, Arbeiter zu verteidigen, sondern arabische Arbeiter durch jüdische zu ersetzen und diese der jüdischen nationalen Bourgeoisie zu unterwerfen.

Nach dem Krieg gründeten die beiden Flügel des Zionismus eigene Terrororganisationen:

Haganah war der bewaffnete Arm der Histadrut-Bükratie und der säkularen bürgerlichen Arbeiterpartei Mapai (Arbeiterpartei des Landes Israel), angeführt von David Ben-Gurion (dem ersten Premierminister Israels);

Irgun war der bewaffnete Flügel des rassistischen und faschistischen revisionistischen Zionismus, angeführt von Menahem Begin (Gründer des Likud und 6. Premierminister).

Beide griffen nicht nur britische Militärziele (der kolonialen Mandatsmacht der Vereinten Nationen) an, sondern auch arabische Zivilisten.

Als sich der britische Staat zurückzog, beschlossen die Vereinten Nationen im November 1947 eine Teilung Palästinas, wodurch die Kolonisierung befürwortet wurde.

In einer der größten Tragödien des 20. Jahrhunderts unterdrückte ein auf das schrecklichste unterdrückte Volk, die europäischen Juden, ein anderes unterdrücktes Volk, die palästinensischen Arabern, ebenso schrecklich. Bei der Nakba 1948 eroberten Zionisten 78 Prozent des Mandatsgebiets Palästina und erklärten es zu Israel. Zionistische Milizen und die israelische Armee vertrieben 750.000 Palästinenser, viele Tausende weitere flohen. Die meisten von ihnen waren Muslime, es gab aber auch eine christliche Minderheit. Die Nakba reduzierte die arabische Bevölkerung in dem von Israel beanspruchten Gebiet von 1.324.000 im Jahr 1947 auf 156.000 im Jahr 1948.

Seitdem ist der Zionismus Terrorismus im großen Stil - Staatsterrorismus.

### Zionismus und Imperialismus

1947 unterstützte die Bürokratie der UdSSR die UN-Teilung und 1948 die Proklamation Israels, während das Stalin-Regime innerhalb seiner Grenzen immer antisemitischer wurde. Doch die US-Offensive gegen den degenerierten Arbeiterstaat (der sogenannte Kalte Krieg) führte dazu, dass die UdSSR 1955 die bürgerlichen arabischen Staaten gegen Israel unterstützte und 1967 ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel abbrach.

Der US-amerikanische und der europäische Imperialismus, Israels Verbündete, haben zwei Hauptinteressen im Nahen Osten: seine strategische Position an der Schnittstelle zwischen Asien, Europa und Afrika sowie sein Öl und Gas. Seit mehr als einem Jahrhundert versuchen sie, die Region durch eine Kombination aus Gewalt und dem Ausspielen von Teilen der Bevölkerung gegeneinander zu dominieren.

Im Laufe der 1950er und 1960er Jahre verdrängten die USA Großbritannien und Frankreich als dominierende imperialistische Macht in der Region. Letztere wurden zu Juniorpartnern. Der französische Staat übergab Israel zwischen 1956 und 1960 die Atomwaffe. Das Trio unterstützte Monarchen, Militärdiktaturen und Staatsstreich von Marokko bis Iran und fand Wege, ehemals nationalistische Regierungen wie die von Algerien, Ägypten, Syrien und dem Irak in ihre neokoloniale Weltordnung einzubinden.

Israel erwies sich als äußerst nützlich bei der Schaffung der neokolonialen imperialen Ordnung, insbesondere nachdem es Ägypten, Syrien und Jordanien im arabisch-israelischen Krieg 1967 besiegt hatte. Die USA haben Milliarden von Dollar an Hilfe und Waffen geschickt, um Israel als Gendarm im Zentrum der arabischen Welt aufzubauen. Israel hat auch eine politische Funktion, da es den USA erlaubt, ihre militärischen Operationen zu verschleiern und den reaktionären, arabischen Kompradoren-Regierungen hilft, die Aufmerksamkeit von ihrer eigenen Misswirtschaft auf einen äußeren Feind, Israel, abzulenken.

### Das Scheitern des Panarabismus

Die zionistische Besiedlung, Vertreibung und Unterdrückung der Araber Palästinas hat zu einem palästinensischen Nationalbewusstsein und zu Widerstand geführt. Die erste Welle wurde in den 1930er Jahren von Feudalherren und Geistlichen angeführt. Amin



al-Husseini, der Großmufti von Jerusalem, war Antisemit und setzte auf den faschistischen italienischen und deutschen Imperialismus.

1949 ging die Führung dank Hilfe durch Gamal Abdel Nasser (Ägypten) an die säkulare und nationalistische panarabische Fraktion der palästinensischen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums über. Nach dem Erfolg des Guerillakriegs in China, Vietnam und Algerien war die gemeinsame Strategie aller Komponenten der zweiten Welle des palästinensischen Widerstands, die in der PLO (hegemonial: die Fatah; die Rivalen: PFLP, DLFP, PLF) vereint waren, die Guerilla gegen Israel und die Suche nach Hilfe von arabischen Staaten und der UdSSR.

Im Krieg von 1967 besiegte Israel die bürgerlichen Armeen Ägyptens, Syriens, Iraks und Jordaniens. Es eroberte Gaza, das Westjordanland und die Golanhöhen und vollendete damit die Besetzung Palästinas vom Jordan bis zum Mittelmeer. Auch die ägyptische Sinai-Halbinsel wurde besetzt.

Der palästinensische Widerstand stand damals an der Spitze der revolutionären Bewegung im Nahen Osten. Doch aufgrund ihres Klassencharakters war ihre Führung nicht in der Lage, sich der Herausforderung zu stellen, denn dies hätte bedeutet, sich den arabischen Regimen und der Bürokratie der UdSSR zu widersetzen. Die Führungen hielten an der Linie fest: erst demokratische Revolution, später Sozialismus.

Im Krieg von 1973 brachten Ägypten und Syrien Israel zum Halt. Ägypten eroberte den Sinai zurück und erkannte 1979 Israel an. Einige der schwersten Schläge für palästinensische Flüchtlinge und Kämpfer kamen nicht aus Israel, sondern von Teilen der benachbarten arabischen Bourgeoisie: dem jordanischen Königreich 1970, der libanesischen Phalangen und dem syrischen Baath-Regime 1976, der libanesischen Amal und dem syrischen Baath-Regime im 1985/86. Infolgedessen wurden PLO-Milizen aus Jordanien, Syrien, Ägypten und dem Libanon vertrieben. Die Strategie des Guerillakrieges von Nachbarstaaten aus ist gescheitert. Auch die Revolution in Etappen ist ein weiteres Mal zusammengebrochen. Das Volk von Palästina braucht eine proletarische Führung. Die Arbeiterklasse Palästinas - Araber und Juden gleichermaßen - braucht eine Strategie der permanenten Revolution.

## Das Oslo-Abkommen und die Kapitulation von Arafat und Fatah

Nach der islamistischen Konterrevolution im Iran 1979, der Wiederherstellung des Kapitalismus in der UdSSR 1992, der islamistischen Konterrevolution in Afghanistan 1992, der imperialistischen Invasion im Irak 2001, der imperialistischen Intervention in Libyen 2011, sind die ehemaligen panarabischen Regime verschwunden (Irak, Libyen) oder haben alle früheren Ansprüche auf den Sozialismus aufgegeben (Ägypten, Syrien, Algerien...).

Seitdem hat sich ein Muster herausgebildet: Israel besetzt mit Unterstützung der USA und seiner europäischen Verbündeten Palästina; die türkischen, persischen und arabischen Staaten protestieren, unternehmen aber nichts; und die Palästinenser erheben sich regelmäßig, um ihre Marginalisierung anzufechten, wie bei der Ersten Intifada von 1987-1993.

1993 zwang der US-Staat einer perspektivlosen Fatah das Oslo-Abkommen auf. Offiziell implizierten die Abkommen eine Zwei-Staaten-Lösung: Die PLO erkannte die zionistische Kolonisierung des Hauptteils Palästinas an und erhielt im Gegenzug die Palästinensische Autonomiebehörde für das Westjordanland und den Gazastreifen. Edward Said beschrieb das Oslo-Abkommen als „ein Instrument der palästinensischen Kapitulation“.

Hamas wurde 1987 nach Ausbruch der Ersten Intifada gegründet. Es begann als palästinensischer Zweig der Muslimbruderschaft, einer erzkonservativen panislamistischen und antisemitischen Organisation, die 1928 in Ägypten gegründet wurde (wo sie 2012 christliche Kirchen in Brand steckte). Im Jahr 1973 begann die Hamas mit israelischer Duldung als religiöse Wohltätigkeitsorganisation (Mujama al-Islamiya), die medizinische Behandlungen, Mahlzeiten, Jugendclubs usw. anbot. Das Geld kam aus Katar (das ausländische Arbeiter, darunter auch Palästinenser, brutal ausbeutet), aus dem Iran (wo Arbeiter, Frauen, arabische Kurden, Aserbaidschaner unterdrückt werden) aus der Türkei (die Kurden unterdrückt und syrische Flüchtlinge verfolgt). Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu hat diese Zahlungen nicht nur geduldet, er hat sie sogar gefördert.

Lange vor 2023 wechselte die Führung der Bewegung vom Panarabismus zum Panislamismus, von der Fatah zur Hamas. Die Zweite Intifada von 2000 bis 2005 zwang Israel zum „Rückzug“ aus Gaza, indem es seine Truppen abzog und die israelischen Siedlungen auflöste. Die im Westjordanland ansässige Fatah und die in Gaza ansässige Hamas traten bei den palästinensischen Parlamentswahlen 2006 gegeneinander an. Hamas gewann eine Mehrheit, was dazu führte, dass die Fatah die PNA spaltete. Nach einem kurzen Bürgerkrieg festigte die Fatah ihre Position im Westjordanland und die Hamas übernahm die Kontrolle über Gaza. Seitdem hat Ägypten die israelische Blockade des Gazastreifens verstärkt.

## Israelische Expansion

Der zionistische Kapitalismus beruht nicht auf der Überausbeutung der einheimischen Arbeiter, wie es bei der Apartheid in Südafrika der Fall war, sondern auf deren Vertreibung. Er zieht es sogar vor, Arbeitsmigranten aus anderen Teilen Asiens zu importieren: Philippinen (35 000), Thailand (30 000), Indien, Nepal... und von anderen Kontinenten (Ukraine, Argentinien...).

Israel unterdrückt Palästinenser in allen drei Sektoren seiner Apartheid-Besatzung: im Westjordanland, im Gazastreifen und in Israel selbst.

Seit 2007 expandierte Israel weiter in das Westjordanland und die Golanhöhen. 450.000 israelische Siedler sind in das Westjordanland außerhalb Ostjerusalems gezogen, 220.000 nach Ostjerusalem und 25.000 auf die Golanhöhen. Die Siedler sind religiöse Fanatiker, Anhänger einer rassistischen Herrenmenschenideologie und eine bewaffnete paramilitärische Truppe. Unterstützt von der israelischen Armee und unterstützt von der PNA-Polizei terrorisieren sie ihre palästinensischen Nachbarn und stehlen ihr Land.

Israel hat keine Siedler im Gazastreifen, kontrolliert aber den Luftraum des Territoriums, seine Seeküste und sechs seiner sieben Grenzübergänge. Israel kontrolliert die Wasserversorgung, Elektrizität und Telekommunikation im Gazastreifen. Das israelische Militär unterhält eine Sperrzone im Gazastreifen und fällt nach Belieben in



## Für eine neue revolutionäre Arbeiter\*inneninternationale!

das Gebiet ein. Israel führte 2008–2009 und 2014 große Kriege gegen Gaza und griff gewaltlose Demonstranten während des Großen Rückkehrmarsches 2018–2019 an.

Israel behauptet, eine Demokratie zu sein, aber es verweigert nicht nur den 5,5 Millionen Palästinensern demokratische Rechte, die im Westjordanland und im Gazastreifen leben, und einer ähnlichen Zahl von Menschen, die als Flüchtlinge außerhalb Palästinas leben, sondern auch den 2,1 Millionen Palästinensern, die in Israel leben. Ein Jude, der irgendwo auf der Welt lebt, kann nach Israel ziehen und vollwertiger Staatsbürger werden. Ein Palästinenser, dessen Familie schon lange vor der Existenz Israels in Palästina gelebt hat, kann niemals vollwertiger Staatsbürger werden. Palästinenser werden systematisch diskriminiert, wirtschaftlich und politisch ausgegrenzt und als Feinde behandelt.

### 7. Oktober und der anschließende Völkermord

Seit dem Camp-David-Abkommen von 1978 versuchen die USA, die Regierungen der arabischen Staaten dazu zu bewegen, die Beziehungen zu Israel zu normalisieren, trotz der Behandlung der Palästinenser durch Israel und des Hasses, den dies unter dem arabischen und muslimischen Volk hervorruft. Im Jahr 2020 vermittelten die USA Abkommen, die die Beziehungen Israels zu Bahrain, Marokko, Sudan und den Vereinigten Arabischen Emiraten normalisierten. Saudi-Arabien hat Gespräche aufgenommen, um dasselbe zu tun.

Der Angriff vom 7. Oktober machte die israelischen und imperialistischen Pläne zunichte. Während Netanyahu und die zionistische Armee sich auf die Kolonisierung des Westjordanlandes konzentrierten, überrannten palästinensische Kämpfer unter Führung der Hamas die Grenzverteidigungsanlagen Israels und griffen Dutzende zivile und militärische Ziele an. Sie nahmen Hunderte von Geiseln, bevor sie über die Grenze zurückgedrängt wurden, eine legitime Taktik in jedem asymmetrischen Krieg.

Die Misshandlung, Folter und Tötung von unbewaffneten Zivilisten, die noch nicht im wehrfähigen Alter sind, muss unzweideutig verurteilt werden, auch wenn wir anerkennen, dass dies zum Teil ein Ausdruck der Wut der Palästinenser über die israelischen Massaker und die Enteignung ihres Volkes war. Es spielte der zionistischen Propagandamaschinerie in die Hände, indem sie die Palästinenser entmenslichte und ihre eigenen Kriegsverbrechen „rechtfertigte“, deren Ausmaß größer ist als die der Hamas oder der anderen Widerstandskräfte. Der größte Teil der Operation, einschließlich der Geiselnahmen, war jedoch militärisch legitim.

Der Angriff stoppte den von den USA geförderten Prozess der „Normalisierung“ der Beziehungen Israels zu arabischen und muslimischen Staaten, enthüllte den zugrunde liegenden Siedler-Kolonialkrieg Israels gegen das palästinensische Volk.

In den Wochen danach hat Israel einen völkermörderischen Krieg gegen Gaza begonnen. Das israelische Militär hat Häuser, Krankenhäuser, Schulen und Gemeindezentren bombardiert und dabei ein Vielfaches der Zahl der Opfer getötet, die bei dem Angriff am 7. Oktober getötet wurden. Die Hälfte der Opfer waren Kinder, ein viel größerer Anteil als beim Angriff am 7. Oktober. Das israelische

Militär stimmte einem kurzen Waffenstillstand zum Austausch von Gefangenen zu und hat nun seinen völkermörderischen Angriff wieder aufgenommen, wodurch die 2,3 Millionen Einwohner in einen immer kleineren Winkel des Gazastreifens getrieben wurden und eine neue Nakba droht.

### Vorwurf des Antisemitismus

Die imperialistischen Bourgeoisien verleumdete in aller Welt jede Kritik am Zionismus und an Israel als antisemitisch. Das ist eine starke politische und ideologische Waffe gegen alle Kräfte der Solidaritätsbewegung in Europa und den USA.

Seit mehreren Jahren sind Menschen aus islamischen Ländern zur Hauptzielscheibe der reaktionären Medien geworden. Sie werden als potenzielle Attentäter, Feinde der demokratischen Freiheiten und Verbreiter eines neuen Antisemitismus denunziert.

Faschistoide Parteien wie die FPÖ in Österreich, die AfD in Deutschland, das RN in Frankreich, RUK in Britannien, VOX in Spanien, die „postfaschistischen“ Fratelli d'Italia von Meloni, Ungarns Viktor Orbán stehen geschlossen hinter der Regierung Netanjahu und dem Massaker an den palästinensischen Arabern. Am 11. November griffen Faschisten eine Palästina-Kundgebung in Lyon an. Die gleichen Kräfte, die historisch seit 1945 die Shoah leugnen oder herunterspielen, antisemitische Wahlkämpfe führen und gegen einen „Globalismus“ wettern, der nur ein Codewort für das „internationale Judentum“ ist, präsentieren sich jetzt als Verteidiger Israels.

Grundlage dieses Schwenks ist das von der faschistischen „Neuen Rechten“ vertretene Konstrukt des Ethnopluralismus, dessen Ziel die sogenannte „Remigration“ ist, also die Zurückweisung aller Migranten und deren Zwangsrückführung in ihre Heimatländer.

Dieser reaktionären Offensive muss entschieden durch eine Arbeitereinheitsfront und die Selbstverteidigung der Arbeiter und unterdrückten Minderheiten entgegengetreten werden. Auch wenn faschistische Banden und faschistoide Parteien heute ihr Feuer gegen muslimische Migranten richten, kann der alte Antisemitismus jederzeit unter dem „philosemitischen“ Deckmantel des Ethnopluralismus wiederbelebt werden: Immerhin gäbe es ja mit Israel einen „Judenstaat“, also sollten sich alle Juden weltweit in diesem Staat niederlassen. Dies ist auch die Meinung vieler christlicher Fundamentalisten, wie des antisemitischen Fernsehpredigers John Hagee, der am 14. November auf der von der Jewish Federation in Washington einberufenen (Massen-)Kundgebung für Israel sprach.

### Internationale Arbeitersolidarität

Die Kühnheit des palästinensischen Widerstands und die Heftigkeit des israelischen Gegenangriffs haben die palästinensische Solidaritätsbewegung weltweit neu belebt. In der gesamten arabischen Welt, aber auch in Großbritannien, den USA und anderswo fanden gewaltige Demonstrationen statt. Die Solidaritätsbewegung war durch die langsame strangulierung Palästinas und die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und vier weiteren arabischen Staaten eingeschläfert worden. 7. Oktober Der israelische Völkermord in Gaza erweckte die Bewegung wieder zum Leben.



Revolutionäre Marxisten sollten sich an Solidaritätsaktionen durch Studenten und Arbeiter beteiligen. Ein Waffenstillstand in Gaza und der Abzug der zionistischen Armee, um den Völkermord zu stoppen, haben oberste Priorität, aber die Solidaritätsbewegung sollte auch humanitäre Hilfe für Gaza fordern, die israelischen Siedler im Westjordanland stoppen und die Rechte israelischer Araber und antizionistischer Juden in Israel verteidigen, das Rückkehrrecht der Flüchtlinge und den Abbruch der militärischen Beziehungen zu Israel fordern.

Gewerkschaften und andere Organisationen verabschieden Resolutionen, die einen Waffenstillstand und eine Beendigung der Militärhilfe fordern. Mancherorts folgen Arbeiter dem Aufruf des Palästinensischen Gewerkschaftsbundes (PGFTU), die Produktion und Lieferung von Waffen nach Israel zu unterbrechen.

## Proletarische Perspektive

Während revolutionäre Marxisten sich an Solidaritätsaktionen beteiligen sollten, wo immer wir können, besteht unsere einzigartige Aufgabe darin, das Verständnis der Arbeiterklasse für die Krise und die Lösung zu fördern.

Dies beginnt damit, die Wahrheit zu sagen. Ein Waffenstillstand in Gaza ist notwendig, reicht aber nicht aus, da die Zionisten ihre Kampagne zur Vertreibung von Arabern aus Palästina fortsetzen werden. Eine Verhandlungslösung ist unmöglich, da Israel niemals genug Land für einen lebensfähigen palästinensischen Staat freigeben und die jüdische Vormachtstellung nicht zugunsten einer säkularen Demokratie in einem binationalen Staat aufgeben wird. Der US-amerikanische und der europäische Imperialismus werden nicht damit aufhören, Israel zu unterstützen, da sie Israel brauchen, um die Region zu beherrschen.

Der niedergehende Kapitalismus bietet keine Lösung für Palästina. Die Alternativen sind entweder die Abschichtung und Enteignung der Palästinenser oder das Eingreifen der Arbeiterklasse in die Geschichte.

Arbeiter in Israel könnten die israelische Gesellschaft zum Stillstand bringen, die Armee spalten und die Zionisten daran hindern, ihre Atomwaffen einzusetzen. Aber im Moment bekennt sich die große Mehrheit der israelischen Arbeiterklasse zum Zionismus und zieht Ausbeutung unter jüdischer Vorherrschaft für einer Ausbeutung ohne jüdische Vorherrschaft vor, ein altes Lied in Siedler-Kolonialstaaten. Nur die Aussicht auf ein demokratisches, säkulares und sozialistisches Palästina könnte ihnen einen Grund geben, mit ihren Herren zu brechen.

Arbeiter in den USA und Europa könnten Israel die wirtschaftliche und militärische Unterstützung entziehen, die es braucht, um seine völkermörderische Politik fortzusetzen. Das Mitgefühl für die Palästinenser wächst, da sie sowohl Widerstand leisten als auch leiden. Es könnte das Ausmaß der Opposition gegen den Vietnamkrieg Ende der 60er Jahre erreichen, das eine Fortsetzung des Krieges unmöglich machte. Revolutionäre Marxisten und andere palästinensische Solidaritätsaktivisten – darunter Zehntausende antizionistische jüdische Arbeiter und Zehntausende Gewerkschafter – sollten alles tun, was wir können, um dies zu erreichen.

Arbeiter in den Ländern des Nahen Ostens könnten ihre Kollabora-

teurregierungen stürzen, die US-amerikanischen und europäischen Imperialisten zwingen, Israel aufzugeben, und der israelischen Arbeiterklasse die Aussicht auf eine säkulare, demokratische Zukunft frei von kapitalistischer Herrschaft und endlosem Krieg bieten. Die Demonstrationen im Iran 2009 und 2022, der Arabische Frühling 2010–2011, die Demonstrationen in der Türkei 2012, der kurdische Widerstand gegen ISIS 2015, die Demonstrationen in Israel, in Gaza und in Syrien 2023 zeigten das Potenzial.

Wir können nicht wissen, wie das Unrecht der zionistischen Herrschaft über Palästina enden wird oder ob sie überhaupt enden wird, bevor der Kapitalismus die Welt in eine ökologische Katastrophe oder einen Atomkrieg stürzt. Was wir tun können, ist ein Aktionsprogramm, das mit unmittelbaren Forderungen beginnt und in der einzigen wirklichen Lösung gipfelt, vorzuschlagen und dafür zu kämpfen: einer Arbeiterrevolution in der gesamten Region. Hier ist unser Vorschlag.

**Schluss mit dem völkermörderischen Angriff auf Gaza. Sofortiger Waffenstillstand. Rückzug der israelischen Truppen. Schluss mit der Blockade. Öffnung der Grenzübergänge.**

**Wiederaufbau der zerstörten Häuser, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und der Infrastruktur von Gaza auf Kosten Israels und seiner imperialistischen Unterstützer.**

**Schluss mit der zionistischen Besetzung des Westjordanlandes. Abzug des israelischen Militärs. Vertreibung der Siedler.**

**Freilassung aller palästinensischen Gefangenen aus den israelischen Gefängnissen. Volle Gleichberechtigung der Palästinenser im israelischen Staat.**

**Schluss mit den Waffenlieferungen und der Hilfe für Israel durch die USA und andere Imperialisten. Schließung aller imperialistischen Militärbasen im Nahen Osten. Rückzug der imperialistischen Seestreikräfte. Öffnet die Grenzen für palästinensische Geflüchtete.**

**Für die revolutionäre Zerstörung des zionistischen Staates. Für ein säkulares, demokratisches, zweisprachiges sozialistisches Palästina vom Fluss bis zum Meer.**

**Für das Rückkehrrecht aller palästinensischen Flüchtlinge. Gleichberechtigung der arabischen Mehrheit und der jüdischen Minderheit Palästinas.**

**Nieder mit den arabischen Kapitalisten, Grundbesitzern, Monarchien und anderen Staaten, Agenten des Imperialismus. Nieder mit den arabischen, persischen und türkischen bürgerlichen Staaten, die Kurden, Berber, Toubous unterdrücken ... Für eine Arbeiterrevolution im Nahen Osten. Für eine sozialistische Föderation der Region.**

**Für eine proletarische Partei Palästinas. Für eine kommunistische Internationale auf der Grundlage des Marxismus.**

## Ein Aufruf der palästinensischen Gewerkschaften

# Beendet alle Komplizenschaft, stoppt die Bewaffnung Israels!

Unmittelbar nach dem Beginn des israelischen Angriffs auf den Gazastreifen Anfang Oktober 2023 haben die palästinensischen Gewerkschaften folgenden Aufruf zur Solidarität an die internationale Arbeiter\*innenklasse bzw. deren Gewerkschaften gerichtet. Mittlerweile haben sich in zahlreichen Ländern Gewerkschaftsorganisationen diesem Appell angeschlossen.

Israel hat 1,1 Millionen Palästinenser\*innen aufgefordert, die nördliche Hälfte des Gazastreifens zu evakuieren, während sie gleichzeitig einem ständigen Bombardement ausgesetzt sind. Dieser unbarmherzige Schritt ist Teil des israelischen Plans, mit unerschütterlicher Unterstützung und aktiver Beteiligung der USA und der Mehrheit der europäischen Staaten beispiellose und abscheuliche Massaker an 2,3 Millionen Palästinenser\*innen im Gazastreifen zu verüben und diesen vollständig ethnisch zu säubern. Seit Samstag hat Israel den Gaza wahllos und intensiv bombardiert und die Versorgung mit Treibstoff, Strom, Wasser, Lebensmitteln und medizinischer Ausrüstung unterbrochen. Israel hat mehr als 2.700 Palästinenser\*innen – darunter 614 Kinder – getötet, ganze Stadtviertel dem Erdboden gleichgemacht, ganze Familien ausgelöscht und mehr als 10.000 Menschen verletzt. Einige Völkerrechtsexpert\*innen haben begonnen, vor Israels völkermörderischen Handlungen zu warnen.

Anderorts hat Israels rechtsextreme Regierung mehr als 10.000 Gewehre an extremistische Siedler\*innen in Palästina und im besetzten Westjordanland verteilt, um deren eskalierende Angriffe und Pogrome gegen Palästinenser\*innen zu erleichtern. Israels Handlungsweise, Massaker und Rhetorik deuten auf seine Absicht hin, die seit langem versprochene zweite Nakba zu verwirklichen, so viele Palästinenser:innen wie möglich zu vertreiben und einen „Neuen Nahen Osten“ zu schaffen, in dem die Palästinenser\*innen in ständiger Unterwerfung leben.

Die Reaktion der westlichen Staaten bestand in einer vollständigen und uneingeschränkten Unterstützung des Staates Israel, ohne auch nur einen flüchtigen Blick auf das Völkerrecht zu werfen. Dies hat die Straflosigkeit für Israel noch verstärkt und ihm einen Freibrief für die uneingeschränkte Durchführung seines völkermörderischen Krieges verschafft. Über die diplomatische Unterstützung hinaus beliefern westliche Staaten Israel mit Rüstungsgütern und billigen die Tätigkeit israelischer Waffenfirmen innerhalb ihrer Grenzen.

Angesichts der Eskalation der israelischen Militäraktion rufen die palästinensischen Gewerkschaften ihre internationalen Partner\*innen und alle Menschen, die ihrem Gewissen folgen, dazu auf, jede Form der Komplizenschaft mit den israelischen Verbrechen zu beenden und vor allem den Waffenhandel mit Israel sowie jegliche

Finanzierung und militärische Forschung einzustellen. Die Zeit zum Handeln ist jetzt gekommen – das Leben der Palästinenser\*innen steht auf dem Spiel.

Diese dringliche, völkermörderische Situation kann nur durch eine massiven Steigerung der weltweiten Solidarität mit dem palästinensischen Volk verhindert und die israelische Kriegsmaschinerie zum Stillstand gebracht werden. Wir brauchen euch, um sofortige Maßnahmen zu ergreifen – wo auch immer in der Welt ihr euch befindet –, um die Aufrüstung des israelischen Staates und der an der Infrastruktur der Blockade beteiligten Unternehmen zu verhindern. Wir orientieren uns an früheren Mobilisierungen von Gewerkschaften in Italien, Südafrika und den Vereinigten Staaten sowie an ähnlichen internationalen Mobilisierungen gegen die italienische Invasion in Äthiopien in den 1930er Jahren, die faschistische Diktatur in Chile in den 1970er Jahren und in anderen Ländern, in denen die weltweite Solidarität das Ausmaß der kolonialen Brutalität begrenzte.

Wir rufen die Gewerkschaften in den einschlägigen Branchen auf:

- Sich zu weigern, für Israel bestimmte Waffen zu bauen;
- sich zu weigern, Waffen nach Israel zu transportieren;
- entsprechende Anträge in ihren Gewerkschaften zu beschließen;
- Maßnahmen gegen Unternehmen zu ergreifen, die an der Umsetzung der brutalen und illegalen Besetzungspolitik Israels beteiligt sind, insbesondere wenn sie Verträge mit euren Organisationen haben;
- Druck auf die Regierungen auszuüben, um den gesamten Militärhandel mit Israel und im Falle der USA auch die Finanzierung des Landes zu stoppen.

Wir rufen zu diesem Schritt auf, da wir Versuche sehen, alle Formen der Solidarität mit dem palästinensischen Volk zu verbieten und zum Schweigen zu bringen. Wir fordern euch auf, eure Stimme zu erheben und angesichts der Ungerechtigkeit aktiv zu werden, wie es die Gewerkschaften in der Vergangenheit getan haben. Wir rufen euch in der Überzeugung dazu auf, dass der Kampf für Gerechtigkeit und Befreiung für Palästina nicht nur ein regional und global geprägter Kampf ist. Er ist ein Hebel für die Befreiung aller enteigneten und ausgebeuteten Menschen in der Welt.

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsverband, Gaza.	Syndikat der Veterinäre – Jerusalem Zentrum
Allgemeine Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes und der Handelsarbeiter*innen	Palästinensisches Journalisten-Syndikat
Allgemeine Gewerkschaft der Gemeindebediensteten	Palästinensische Anwaltskammer
Allgemeine Gewerkschaft der Beschäftigten in Kindergärten	Palästinensische Vereinigung für Krankenpflege und Hebammenwesen
Allgemeine Gewerkschaft der Beschäftigten in der Petrochemie	Gewerkschaft der Kindergärtnerinnen und Kindergärtner
Allgemeine Gewerkschaft der Landarbeiter	Palästinensische Gewerkschaft der Postangestellten
Union der palästinensischen Frauenkomitees	Föderation der Gewerkschaften der Professoren und Angestellten der palästinensischen Universitäten
Generationsgewerkschaft der Medien- und Druckereibeschäftigten	Allgemeiner Verband unabhängiger Gewerkschaften, Palästina
Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU)	Neue palästinensische Gewerkschaftsföderation (New Federation of Trade Unions)
Allgemeine Gewerkschaft der palästinensischen Lehrer	Allgemeine palästinensische Schriftstellergewerkschaft (Palestinian General Union of Writers)
Allgemeine Gewerkschaft der palästinensischen Frauen	Palästinensische Bauarbeitergewerkschaft
Allgemeine Gewerkschaft der palästinensischen Ingenieure	Föderation der Syndikate der Gesundheitsberufe
Palästinensische Vereinigung der Buchhalter	Palästinensische Gewerkschaft der Psychologen und Sozialarbeiter
Verband der Berufsverbände, darunter:	
Palästinensischer Zahnärzterverband – Zentrum Jerusalem	
Palästinensischer Apothekerverband – Jerusalem Zentrum	
Medizinischer Verband – Jerusalem Zentrum	
Verband der Ingenieure – Jerusalem Zentrum	
Verband der Landwirtschaftsingenieure – Jerusalem Zentrum	

Das Kollektiv Permanente Revolution (CoReP) und seine Sektionen im Internet



Gruppe Marxiste Internationaliste (Frankreich)
Internaciema Kolektivista Cirklo (Spanischer Staat)
EKIB - Patronsuz Dünya (Türkei)
Octubre Rojo (Argentinien)

https://groupemarxiste.info/
https://www.ikcirklo.org/
https://www.patronsuzdunya.com/
https://octubrerojo.org.wordpress.com/

**Argentinien:**

# Vorwärts zum Generalstreik, bis das Dekret und das Omnibus-Gesetz fallen!

Die folgende Erklärung von Octubre Rojo (Roter Oktober - Kaderkern des CoReP in Argentinien) ist deswegen bedeutsam, weil sie den zentralen Unterschied zwischen der Intervention unserer Genoss\*innen und den diversen zentristischen und reformistischen Organisationen deutlich macht: die Orientierung auf den Generalstreik, um die reaktionären Gesetzesentwürfe Mileis und letztlich seine Herrschaft zu Fall zu bringen.

Die nationalen Führer der CGT und der CTA rufen für Mittwoch, den 24. Januar, zu einem Streik von weniger als einem Tag auf. Er ist weitgehend symbolisch. Wer glaubt, dass der Anpassungsplan der Milei-Regierung nach dem 24. scheitern wird?

Diese Führer haben sich so weit in das System integriert, dass sie nur noch auf Druck der Basis und zur Verteidigung ihrer eigenen Errungenschaften (Sozialarbeitsfonds, Mitgliedsgelder) reagieren.

Basierend auf den historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung sowohl in unserem Land als auch auf der ganzen Welt sind wir der Ansicht, dass der Generalstreik in erster Linie durch Versammlungen in allen Betrieben organisiert werden muss, dass er zeitlich unbegrenzt sein muss, um der Regierung und den Unternehmer\*innen eine Niederlage beizubringen, die Angriffe zu annullieren und unsere Forderungen durchzusetzen.

Wir haben kein Vertrauen in das Parlament oder in die bürgerliche Justiz, und wir sagen auch, dass die Beschränkung des Kampfes auf die Ablehnung des DNU und des Gesetzespakets uns auf das Terrain der Komplizenschaft mit der Sozialabbaupolitik führt, die weiterhin zum Chaos führt und Millionen Arbeiter\*innen, Rentner\*innen und Arbeitslose ins Elend stürzt. Der Ernst dieser Lage erfordert den energischsten Kampf seitens der Arbeiterklasse.

Der von der CGT, der CTA und verschiedenen Bewegungen ausgerufenen Streik steht im Einklang mit der Versöhnung mit dem kapitalistischen Ausbeutungsregime. Trotz der spürbaren Dringlichkeit, der wachsenden Armut und des Elends haben sie Milei und den Unternehmer\*innen Zeit gegeben,

den Sozialabbau an ihre Bedürfnisse anzupassen. Die beschleunigte Abwertung, die hohen Zölle, der Anstieg der Treibstoffpreise und die Inflationsspirale des letzten Monats, die Entlassungen und Suspendierungen, während Gehälter und Renten ganz unten sind, sind Teil einer ebenso dramatischen wie unerträglichen Realität.

Wir wissen, dass die politischen Verbündeten der Gewerkschaftsführer, die Unión por la Patria, die Regierung gestellt hat, die uns in den letzten vier Jahren angegriffen hat.

Die vermeintlichen „Generalstreiks“ der Bürokratie, egal ob sie 12, 24 oder 36 Stunden dauern, führen mittelfristig nur zu einer Demobilisierung. Die entstandenen multi-sektoralen, gewerkschaftsübergreifenden und sonstigen Arten von neuen Strukturen werden sich auflösen, wenn die Gewerkschaftsbürokratien sich zusammensetzen, um „paritätische“ Kompromisse zu schließen, ohne die Basis zu konsultieren, und sich aus dem Kampf zurückziehen, obwohl sie tausendmal die „Einheit der Arbeiter“ geschworen haben. Wie wir wissen, werden die Unternehmer\*innen sagen, dass sie sich große Mühe gegeben haben, und das Protokoll zum Sozialabbau unterschreiben; die Bürokratie wird sagen, dass sie den Kapitalist\*innen Erhöhungen „abgerungen“ hat. Obwohl die Unternehmer\*innen zugestimmt haben, werden viele dem „Kompromiss“ nicht nachkommen, sie werden verzögert zahlen, sie werden irgendwelche Boni erfinden oder eine neue Kategorie [von Beschäftigung] aus dem Hut zaubern, um nicht zahlen zu müssen. So bleiben wir als Arbeiter\*innenbewegung weiterhin unter der Inflationsrate zurück. Die Bewegung

ist fragmentiert, wobei die Führungen die Mehrheit demobilisieren und nur ein kämpferischer Sektor weiterhin isoliert in den Kampf zieht. Dieses Karussell, auf dem wir immer fahren sollen, muss ein Ende haben.

Es ist wichtig zu unterstreichen, dass die Mehrheit der Arbeiter\*innenorganisationen, die behaupten, sozialistisch und kommunistisch zu sein, vor den Bürokraten kapitulieren und deren Manöver von ein paar Stunden akzeptieren. Dieser Weg, den wir kürzlich in Frankreich, Großbritannien usw. gesehen haben, führt uns nur in die Niederlage und vergeudet die wertvolle Energie und Kampfbereitschaft von Millionen von Arbeiter\*innen, Arbeitslosen, Lehrer\*innen, Ärzt\*innen, Studierenden. Der Generalstreik muss unbegrenzt bis zum Sieg andauern und Besetzungen von Fabriken und Amtsgebäuden umfassen. Es müssen Versammlungen abgehalten und alle Zugänge zu allen Industrieparks und allen Häfen im Land blockiert werden, um sowohl die Unternehmer\*innenverbände als auch den Staat und die Gewerkschaftsbürokratien mit aller Gewalt zu treffen, denen man zwangsläufig entgegentreten und die man überwältigen muss.

Viele Kolleg\*innen hegen Misstrauen gegenüber dem Streik am 24., weil er von der CGT ausgerufen wurde. Und sie haben Gründe: ewige Kapitulation vor und Komplizenschaft mit der Regierung und den Unternehmen. Sie haben vier Jahre lang vor sich hingedöst und verkleiden sich jetzt als Kämpfer\*innen. Die politischen Verbündeten der Gewerkschaftsführer, Unión por la Patria, waren die Regierung, die uns in den letzten vier Jahren angegriffen hat. Wir bilden einen unabhängigen Sektor, der sich der

Gewerkschaftsbürokratie entgegenstellt. Wir gehen in den Kampf, weil es notwendig ist, und nicht, weil die Verräter, die die Arbeiterkonföderationen leiten, es vorgeschlagen haben.

Wir rufen die Arbeiter\*innen auf, die sich nicht von den Gewerkschaftsbürokratien vertreten fühlen, selbst die Aufgabe in die Hand zu nehmen um Komitees zu organisieren, die für den Generalstreik kämpfen, in jeder Fabrik, in jeder Schule, in jedem

tel, ausgeklügelt zum Zwecke einer kräftigeren Wirkung des proletarischen Kampfes, sondern er ist die Bewegungsweise der proletarischen Masse, die Erscheinungsform des proletarischen Kampfes in der Revolution.“ (Rosa Luxemburg, 1906)

Wir müssen in einer gemeinsamen Instanz sowohl Beschäftigte des privaten Sektors als auch staatliche, informelle und arbeitslose Werktätige in einer Einheitsfront gegen die Sozialraubpolitik zusammenfassen, Dele-

wir uns untereinander bekämpfen, während die Banken, die großen Unternehmen und die Machthaber ihre Profitrate mit Polizei und Gendarmerie abschirmen, während auf den Straßen obdachlose Menschen schlafen, nach Nahrung suchen, an Unterernährung und heilbaren Krankheiten sterben, die an die Schwelle des größten Elends gestoßen werden. Wir können das nicht zulassen, Rebellion ist nicht nur ein Recht, es ist unsere Pflicht!



Massive Polizeieinsätze gegen Demonstrationen prägen das Bild in den argentinischen Städten

Krankenhaus, in jedem Büro, in jedem Viertel. Sie müssen selbst Versammlungen organisieren und direkte Aktionsmaßnahmen vorbereiten, um den Sozialabbauplan von Milei und die falsche Opposition (wie die Unión por la Patria) zu besiegen, die sich beide den Interessen der Unternehmer\*innen und des IWF unterwerfen.

Die von den Kampfkomitees und den Basiskomitees geförderten Versammlungen werden auch die Funktion erfüllen, neue Schichten von Aktivist\*innen für die Kämpfe vorzubereiten und sie mit den entschlossensten und kämpferischsten Sektoren zu vereinen, die bereits gekämpft haben. Sie werden in der Lage sein, in diesen Kämpfen Erfahrungen zu sammeln. Wir müssen kämpfen und beginnen, neue Delegierte zu bilden, denn wir müssen die Bürokraten rauswerfen und die Gewerkschaften zurückgewinnen, damit sie im Dienst des Kampfes und der Organisation der Arbeiter\*innenklasse stehen.

„Der Massenstreik, wie ihn uns die russische Revolution zeigt, ist nicht ein pfiffiges Mit-

gierte aus den Versammlungen mit einem Mandat der Basis wählen, die den Streik leiten, und uns auf einen Kampfplan einigen, der auf der Klassenunabhängigkeit beruht.. Nur so können wir den „Justierern“ aller Parteien der Boss in den Arm fallen.

Der CGT-Apparat verteidigt den israelischen Kolonialstaat. Das ist inakzeptabel. Wir stehen für Internationalismus, für die Solidarität der Arbeiter\*innen mit allen Arbeiter\*innen der Welt, insbesondere in diesem Moment mit dem palästinensischen Volk, das unter dem imperialistischen Völkermord leidet.

Die Eskalation der Repressionsmaßnahmen und ihre angeblichen Begründungen, die Suche nach Sündenböcken, sind an der Tagesordnung. Die jüngste Schießerei, bei der eine Gruppe von Kollegen in einer Siedlung ermordet wurde, ist ein Beispiel dafür. Bolivianer und Paraguayer wurden in einem fremdenfeindlichen und klassenfeindlichen Ausmaß dafür verantwortlich gemacht, das sich in der Hitze der Krise verschlimmert. Sie wollen falsche Täter präsentieren, damit

• Für eine einheitliche, demokratische Gewerkschaftszentrale, unabhängig vom Staat und den bürgerlichen Parteien!

• Nein zur Zahlung der Auslandsschulden!

• Erhöhung der Gehälter und Renten automatisch angepasst an die Inflation!

• Nein zu Entlassungen und Suspendierungen!

• Für den Streik und Betriebsbesetzungen!

• Für die Blockade aller Industrieparks und Häfen im ganzen Land!

• Unbefristeter Streik, bis das Omnibus-Gesetz und das Dekret fallen!

• Für die Bildung von Kampfkomitees für den Generalstreik!

• Selbstverteidigung gegen Polizei, Drogenhändler und Faschisten!

• CGT und CTA müssen die Palästinenser\*innen im Gazastreifen unterstützen!

• Für eine Arbeiter\*innenregierung!

• Für die Sozialistische Föderation Lateinamerikas!

•

**Roter Oktober, 20. Januar 2024**

**Rede auf der Demonstration beim Karl Marx-Hof****Gedenken heißt kämpfen!  
Die Aktualität des  
12. Februar**

Bei der antifaschistischen Demonstration am 12. Februar beim Karl Marx-Hof in Wien Döbling hielt ein Genosse der Gruppe KLASSENKAMPF im Namen des Bündnis 12. Februar folgenden Redebeitrag.

Wenn wir heute hier beim Karl Marx-Hof demonstrieren tun wir das deswegen, weil wir der bewussten Teile der österreichischen Arbeiter\*innenklasse gedenken, die im Februar 1934 dem Vormarsch des Austrofaschismus bewaffneten Widerstand entgegen gesetzt haben.

Zwischen dem 12. und 15. Februar 1934 haben hier Schutzbündler, Mitglieder der SDAP und der schon länger verbotenen Kommunistischen Partei und ihre UnterstützerInnen überlegenen Einheiten der Polizei, des Bundesheers und der faschistischen Wehrverbände heldenhaften Widerstand entgegengesetzt.

Bei der zweiten Kundgebung werden die Kämpfe um den Karl-Marx-Hof ausführlicher dargestellt. Hier sei daher nur daran erinnert, dass nicht nur an dieser Stelle, sondern auch in Floridsdorf, in Ottakring, in Simmering ... die faschistische Regierung Dollfuß Kanonen, Haubitzen und Panzerzüge gegen Arbeiterwohnungen einsetzte. Woher kam dieser unerhörte Klassenhass gegen die arbeitende Bevölkerung gerade in Wien?

Die Antwort geht zurück bis in das Jahr 1918 als die Habsburger Monarchie zusammenbrach. Es waren nicht nur die militärischen Niederlagen, welche die kaiserliche imperialistische Arme einstecken musste, es war der Widerstand der streikenden Munitionsarbeiterinnen, es war der Wille der Arbeiter in Uniform unter dem Eindruck der Revolution in Russland mit dem Völkergemetzel Schluss zu machen, der im November 1918 zur Ausrufung der Republik führte.

Bekanntermaßen entrollten Demonstrant\*innen bei der Ausrufung der Republik vor dem Wiener Parlament ein Banner mit der Aufschrift "Hoch die sozialistische Republik". Aber heraus kam nur eine bürgerliche. Während sich Arbeiter- und Soldatenräte bildeten, arbeitete die wichtigste Partei der österreichischen Arbeiter\*innenklasse, die Sozialdemokratische Partei, an der Festigung einer stabilen bürgerlichen Ordnung und höhnte die potenziellen Organe der Arbeiter\*innenmacht von Innen aus.

Der verbale Radikalismus der austromaxistischen Parteiführung rund um Otto Bauer erweckte den Anschein, dass die österreichische Sozialdemokratie eine Mittelstellung zwischen Revolution und Reform einnehmen würde. Vor der Revolution schreckte die Partei aber immer zurück - tatsächlich muss man der SDAP, insbesondere in Wien, aber zugute halten, dass sie versuchte, mit einer radikalen reformistischen Politik die Situation der nach dem Weltkrieg entsetzlich verarmten arbeitenden Bevölkerung zu verbessern.

Eines der zentralen Probleme war die Wohnungsnot. Zwischen 1925 und 1934 wurden über 60.000 Gemeindewohnungen geschaffen. Die sozialdemokratische Stadtverwaltung bediente sich dabei im Gegensatz zur deutschen Schwesterpartei einer Steuerpolitik, die von den herrschenden Klassen erbittert bekämpft wurde und die untrennbar mit dem Namen des Finanzstadtrates Hugo Breitner verknüpft ist. Luxussteuern trafen die Bourgeoisie und die Reste des österreichischen Adels bis ins Mark: besteuert wurden unter anderem Reitpferde, Bordell-

besuche, die Einstellung von häuslichen Dienstpersonal, Sekt und Champagner, das Glücksspiel und Privatautos. Die Grundlage der kapitalistischen Herrschaft, das Eigentum an den Produktionsmitteln, wurde dadurch zwar nicht in Frage gestellt, aber der Bourgeoisie wurde deutlich gezeigt, dass da eine potentielle Macht entstanden war, die gegebenenfalls all ihre Privilegien brechen könnte.

Eine Schulreform in Wien trennte Kirche und Bildungswesen. Das war ein besonders schwerer Schlag gegen die ideologische Vormachtstellung der katholischen Kirche. Der Klerus war traditionell mit der christlichsozialen Partei verknüpft, Kleriker stellten Abgeordnete und sogar Bundeskanzler dieser Partei. ebenfalls ein Dorn im Auge der christlichen Fundamentalisten war die Zulassung der Ehescheidung und der Zivilehe im roten Wien. Auch die Förderung des Breitensports speziell unter arbeitenden Jugendlichen, die Aufhebung der Geschlechtertrennung in Schulen und Bädern und die Förderung der Sexualerziehung wurden von der Kanzel herunter verdammt.

Mit den Luxussteuern auf die Vergnügungen der Bourgeoisie wurde ein breites Netz kommunaler Erziehungs- und Gesundheitseinrichtungen finanziert. So konnte die als Wiener Krankheit bezeichnete Tuberkulose unter Kindern zurückgedrängt werden. In den Gemeindebauten entstanden ansatzweise neue, kollektive Lebensformen, die einen Gegenentwurf zur Situation in der bürgerlichen Welt darstellten: Gemeinschaftsküchen, Gemeinschaftswaschküchen, Parkanlagen, Kindergärten - schlicht ein

menschenwürdiges Leben.

Daran entzündete und empörte sich der Klassenhass der herrschenden Bourgeoisie. Die gleiche politische Vertretung des österreichischen Kapitals, die von christlichen Werten schwafelt, hatte 1934 keine moralischen Bedenken, Arbeiter\*innenwohnungen mit Artillerie in Schutt und Asche zu legen. Die Leitkultur der Christlichsozialen war und ist für Lohnabhängige, für Arbeitslose, für Frauen, für alle Minderheiten eine gefährliche Drohung.

Der Karl-Marx-Hof war allein schon wegen seines Namens den reaktionären und faschistischen Kräften ein besonderer Dorn im Auge, ebenso wie der nach ihm zweitgrößte Gemeindebau am Friedrich-Engels-Platz. Das architektonische Musterbauten, die ArbeiterInnen und ihren Kindern ein menschenwürdiges Wohnen ermöglichten nach den Gründern des wissenschaftlichen Sozialismus benannt wurden, mussten sie als besondere Provokation empfinden.

Im Juni 2023 hat die ÖVP im Wiener Gemeinderat zu Beginn einer antimarxistischen Kampagne unter anderem gefordert, dass historisch belastete Straßen- und Bauwerks-

namen "überprüft" und gegebenenfalls geändert werden sollten. Dazu gehört nach dem Willen des Herrn Mahrer und der Frau Sachslehner natürlich auch der Karl Marx-Hof. Offensichtlich sitzt der Stachel immer noch tief im Fleisch der reaktionärsten Sprecher\*innen des heimischen Bürgertums.

Im Vergleich zu den Breitner-Steuern bei weitem nicht so einschneidende steuerliche Vorschläge wie Abgaben auf Übergewinne oder Erbschaften führen heute bei den bürgerlichen Parteien, auch wenn sie sich selber sozial nennen, zu Schnappatmung.

Ja, die Vergangenheit ist lebendiger als man denkt. Bei Nacht und Nebel haben die Betreiber des Dollfuß-Museums in Texing Exponate wegschaffen lassen, um eine seriöse historische Aufarbeitung der Geschichte zu verhindern. Im vom Raiffeisenkonzern finanzierten Kurier können Männer wie der bibelfeste ÖVP-Ideologe Andreas Khol und der Historiker Kurt Bauer die Zeitgeschichte originell uminterpretieren: Historiker Bauer meint, die Waffensuche im Linzer Hotel Schiff, die der Auslöser für den Aufstand war, sei keine Provokation gewesen. ÖVP-Khol, der selbst einmal Nationalratspräsident war, sieht in der Ausschaltung des Par-

laments im März 1933 die "Lahmlegung der gesetzgebenden Körperschaft durch drei verantwortungslose Präsidenten".

Zum Drüberstreuen findet ausgerechnet vom 5. bis 7. Februar eine Bundesheerübung der Militärakademie Wiener Neustadt im Zentrum jener Gemeinde statt, in der am 7. Oktober 1928 eine Provokation der faschistischen Heimwehren unter Schutz massiver Polizei- und Bundesheerkräfte stattfand. Geübt wird heuer der Straßenkampf. Feiert so die aus der extrem reaktionären Niederösterreichischen ÖVP kommende Ministerin Klaudia Tanner den 90. Jahrestag der Niederschlagung des Aufstands der Arbeiter\*innen gegen den Austrofaschismus?

Für uns heißt Gedenken kämpfen! Das heißt: Widerstand gegen alle autoritären und faschistoiden Tendenzen der bürgerlichen Kräfte in diesem Land. Das heißt für uns auch: der 12. Februar muss Feiertag werden, zum Gedenken an den ersten bewaffneten Aufstand gegen die faschistische Welle in Europa in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Dafür stehen wir nicht nur an jedem 12. Februar, sondern an jedem Tag des Jahres!



## KOMM ZUM **ROTEN TISCH** DER GRUPPE **KLASSENKAMPF!**

Jeden zweiten Dienstag treffen wir uns beim Roten Tisch um über aktuelle, theoretische oder historische Fragen zu diskutieren. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

**Dienstag, 13. Februar 2024, ab 19:00 Uhr:**

**NAME: LENIN**

**BERUF: JOURNALIST**

Nach einem kurzen Impulsreferat diskutieren wir über Lenins Konzept der revolutionären Zeitung und was es für uns heute bedeutet.

**Dienstag, 27. Februar 2024, ab 19:00 Uhr:**

**ARGENTINIEN: DIE REVOLUTIONÄRE ANTWORT**

Während sich die Gewerkschaftsbükratien mit einzelnen Streiktagen gegen die Pläne des Faschisten Milei begnügen, beschränken sich reformistische und zentristische Kräfte auf den parlamentarischen Widerstand. Unsere Genoss\*innen propagieren den Generalstreik.

**Club International, Payergasse 14 (Yppenplatz), 1160 Wien**

Erreichbar mit: U6 (Josefstädter Strasse), Straßenbahnen 44 (Bergsteiggasse), 2 (Brunnengasse), 46 (Brunnengasse)



## **12. Februar: "Tag des Aufstands gegen den Austrofaschismus" Gedenken heißt kämpfen!**

Vor 90 Jahren, am 12. Februar 1934 schritten die konsequenten Teile der Arbeiter:innenklasse zum bewaffneten Kampf gegen den Dollfuß-Faschismus. In fast ganz Österreich stellten sich Arbeiter:innen mit der Waffe in der Hand der Errichtung der faschistischen Diktatur entgegen. Dieses bedeutende Kapitel der Geschichte der Arbeiter:innenbewegung ist nach wie vor ein Tabuthema. Tatsächlich ist dieser Kampf ein Grund stolz zu sein auf jene, die versucht haben die faschistische Welle über Europa zu brechen.

Zum ersten Mal seit der Machtübernahme der Faschisten in Italien, Deutschland und Österreich erhoben sich Arbeiter:innen von 12.-16. Februar 1934 bewaffnet gegen den Faschismus. Sie beschlossen, sich gegen die Angriffe auf ihre Rechte und Strukturen zu wehren und einen Aufstand gegen die Bedrohung durch die faschistische Diktatur zu wagen. Damit war dieser Widerstandskampf ein wichtiges Ereignis, nicht nur für Österreich, sondern für ganz Europa.

Der Aufstand, welcher entgegen den abwiegelnden Vorgaben der SP-Führung stattfand, blieb isoliert und chancenlos. Ohne Unterstützung durch einen Generalstreik und ohne Massenaktivitäten unterlagen die Februarkämpfer:innen der austrofaschistischen Front aus Polizei, Bundesheer und Heimwehren. Hunderte starben in den Kämpfen, weitere wurden nach einer standrechtlichen Verurteilung durch die austrofaschistische Justiz ermordet.

Der Tag des Aufstands gegen den Austrofaschismus ist Gelegenheit zur Aufarbeitung der antisemitischen und faschistischen Wurzeln der ÖVP, sowie der Auswirkungen des Austrofaschismus auf die heutige politische Landschaft. Dieser Feiertag soll zu einer Erinnerungskultur beitragen, die auf den österreichischen Faschismus und seine Verbrechen verweist und damit das antifaschistische Bewusstsein in der Gesellschaft stärkt. Es braucht eine breite gesellschaftliche Verankerung des positiven Bezugs zu diesem antifaschistischen Kampf!

Nach wie vor gibt es Ortschaften in Österreich, in denen Plätze nach dem Faschisten Dollfuß benannt sind, sträuben sich Politiker:innen und Publizist:innen aus dem Umfeld der Regierungspartei ÖVP gegen die Bezeichnung Austrofaschismus. Nach 90 Jahren ist es hoch an der Zeit, ein klares Bekenntnis zum Aufstand der entschlossensten Teile der Arbeiter:innenklasse in Österreich abzulegen. Deswegen sagen wir:

**Der 12. Februar muss als "Tag des Aufstands gegen den Austrofaschismus" ein gesetzlicher Feiertag werden!  
Deswegen gehen wir am 12. Februar auf die Straße.**

**Für uns heißt Gedenken kämpfen:**

**Heute wie damals: Dem Faschismus entgegentreten!**

## **Antifaschistische Demonstration: Montag, 12. Februar 2024**

**17:30 h Karl Marx-Hof**

**U-Bahnstation Heiligenstadt, 1190 Wien**